

Franz X. Keilhofer

Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik:

Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung und seine Bedeutung für die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa

Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gernot Gutmann, Köln
Dr. Hannelore Hamel, Marburg
Prof. Dr. Klemens Pleyer, Köln
Prof. Dr. Alfred Schüller, Marburg
Prof. Dr. H. Jörg Thieme

Unter Mitwirkung von

Prof. Dr. Dieter Cassel, Duisburg
Prof. Dr. Hans-Günter Krüsselberg, Marburg
Prof. Dr. Ulrich Wagner, Pforzheim

Redaktion: Dr. Hannelore Hamel

Band 51: Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen
Republik und in der Slowakischen Republik:

Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung
und seine Bedeutung für die wirtschaftspolitischen
Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa



Gustav Fischer Verlag · Stuttgart · Jena · New York · 1995

Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik

**Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung und seine
Bedeutung für die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in
Mittel- und Osteuropa**

Franz X. Keilhofer

22 Tabellen und Grafiken



Gustav Fischer Verlag · Stuttgart · Jena · New York 1995

Anschrift des Verfassers:

Dr. Franz X. Keilhofer
Gionstraße 59
94036 Passau

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Keilhofer, Franz X.:

Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik: Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung und seine Bedeutung für die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa / Franz X. Keilhofer. - Stuttgart; Jena; New York: G. Fischer, 1995.

(Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen; Bd. 51)
Zugl.: Passau, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-437-50398-7

NE: GT

ISSN 0582-0243

©Gustav Fischer Verlag • Stuttgart • Jena • New York • 1995

Wollgrasweg 49 . D-70599 Stuttgart (Hohenheim)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Einband: LIT Verlag Münster
Printed in Germany

Meinen Eltern

Die batavinische Schar
hielt aus,
so gut es ging.

Eugippius, Vita Severini

Vorwort

Die Führer der "sanften" Europäischen Revolution von 1989 haben das Ziel verkündet, in den Staaten Mittel- und Osteuropas "Demokratie" und "Marktwirtschaft" an Stelle der gestürzten "sozialistischen" Systeme aufzurichten und "Freiheit" und "Wohlstand" zu verwirklichen. Für den Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur Marktwirtschaft ist im Sprachgebrauch der Volkswirtschaftslehre der Begriff "Transformation" geprägt worden. Da diese Zielsetzung am Ende des "Kalten Krieges" in eine neue Form der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem "Westen" eingebunden war, sind für die Ausführung der Transformation überwiegend wirtschaftspolitische Konzeptionen zur Anwendung gekommen, die in angelsächsischen Denkschulen auf der Grundlage der "reinen" neoklassisch/monetaristischen "Marktwirtschaftslehre" entwickelt wurden. Ein bestimmendes Merkmal dieser Konzeptionen, die unter der Bezeichnung "*Schock-Therapie*" eingeführt wurden, war die Konzentration auf makroökonomische Fragestellungen.

Zwischenzeitlich, nach fünf Jahren Transformation in Mittel- und Osteuropa, stehen viele Menschen mit Ernüchterung vor den praktischen Ergebnissen einer "Marktwirtschaft", die für eine große Mehrheit der Bevölkerung nach den harten Entbehrungen, die die "Schock-Therapie" zur Folge hatte, noch keine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen gebracht hat. Stattdessen erleben politische Gruppen, die sich zum Teil aus der gestürzten "sozialistischen" Nomenklatura rekrutieren, eine Renaissance, denn sie artikulieren im politischen Prozeß die Erinnerung an die Geborgenheit im "alten" System und versprechen die Rückkehr zu "geordneten" Verhältnissen. Die Gefahren, die aus einem dauerhaften Wohlstandsgefälle zwischen "Ost" und "West" für die Sicherheit und den politischen Zusammenhalt in Europa entstehen können, stellen die Frage, ob auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Transformation mit den "richtigen" Maßnahmen reagiert worden ist.

Die vorliegende Untersuchung hat die "Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik", den beiden Nachfolge-Staaten der zum 1. Januar 1993 aufgelösten ČSFR, zum Gegenstand. Es ist das Ziel der Arbeit, die wirtschaftspolitischen Kernfragen, die durch die Transformation aufgeworfen werden, theoretisch zu konkretisieren, um auf dieser Grundlage die praktische Konzeption, die in der ČSFR und in den Nachfolge-Staaten zur Anwendung gekommen ist, auf ihre Konsistenz in bezug auf die bekundete politische Zielsetzung: Errichtung einer "Marktwirtschaft" und Steigerung des Wohlstandes zu hinterfragen. Zur Durchführung der Untersuchung wird das *Konzept der Wettbewerbsordnung* herangezogen, das in der deutschen Nationalökonomie durch die ordo-liberale Schule geprägt worden ist. In der ordo-liberalen Schule wurde versucht, den "Methodenstreit", der sich an der Kritik der klassischen Marktwirtschaftslehre entzündet hatte, zu schlichten.

Das Konzept der Wettbewerbsordnung kann einen großen historischen Erfolg vorweisen, denn auf seinen gedanklichen Grundlagen ist in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges die Soziale Marktwirtschaft errichtet worden. Die Bewährung, die das ordo-liberale Konzept in der Praxis erfahren hat, rechtfertigt das Vorhaben, es zur Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Kernfragen der Transformation anzuwenden. Die Gleichartigkeit der Herausforderung, Errichtung einer Ordnung der Freiheit nach dem Sturz einer totalitären Herrschaft, zeigt, daß durch die Transformation in Mittel- und Osteuropa keine grundsätzlich neuen Fragen gestellt werden. Im Unterschied zum Ansatz der neoklassisch/ monetaristischen Schulen steht im ordo-liberalen Konzept nicht die Frage nach den Gesetzmäßigkeiten, die ökonomisches Verhalten unter gegebenen Bedingungen erklären im Vordergrund, sondern ausdrücklich die Frage nach den "richtigen" institutionellen Voraussetzungen, die eine Wettbewerbsordnung zur Entstehung bringen und ihren Bestand im Zeitablauf sichern.

Als Gegenstand dieser Untersuchung ist die Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik festgelegt worden. Aber die vorliegende Arbeit verfolgt darüber hinaus zwei allgemeine Zielsetzungen, die durch das Vorhaben: Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Kernfragen der Transformation begründet sind. Es geht erstens um den Nachweis, daß das ordo-liberale Konzept im Unterschied zum neo-liberalen Ansatz "besser" geeignet ist, um die Fragen, die durch die Transformation an die Wirtschaftspolitik herantreten, zu erkennen und theoretisch zu formulieren. Zweitens geht es darum zu zeigen, daß die Schlußfolgerungen, die aus dem ordo-liberalen Konzept für eine konsequente Politik der Wettbewerbsordnung gewonnen wurden, wertvolle Anregungen geben, um für praktische Probleme, die im Konzept der Schock-Therapie keine schlüssigen Antworten gefunden haben, Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Für die Bearbeitung dieser Untersuchung hat mir der Doktorvater, Herr Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz, maßgebliche Impulse gegeben. Für seine Anregungen und Wegweisungen, ebenso wie für die Großzügigkeit und Sorge, die er in den zurückliegenden Jahren seinem Schüler entgegengebracht hat, möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Lüdeke, der das Zweitgutachten zügig erstellt hat und mir dadurch im Hinblick auf nahende berufliche Veränderungen sehr entgegengekommen ist. Mit Herrn Lüdeke verbindet mich die Erinnerung an die unbeschwerte Zeit meiner Tätigkeit als studentische Hilfskraft, in der mir die akademischen Wege gewiesen wurden.

Sehr verbunden bin ich Herrn Prof. Dr. Peter Steinbach, meinem Lehrer in philosophischen Dingen, für seine Anregungen, die in die geistesgeschichtlichen Teile dieser Arbeit miteingeflossen sind. Ein großer Dank gebührt dem "Paten" (kmotr) der Dissertation, Herrn Ing. Václav Kupka CSc., Stellvertretender Minister für Wirtschaft der Tschechischen Republik, der meine Arbeit von Beginn an, seit unserem Kennenlernen im Kloster Banz vor fünf Jahren, begleitet und mir für die gezielte empirische Recherche vor Ort viele wichtige Quellen erschlossen hat.

Schließlich möchte ich mich bei meinem Arbeitgeber, der Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, und Herrn Dr. Lutz Raettig für die großzügige Unterstützung meiner Arbeit sehr herzlich bedanken.

Unverzichtbare Stützen auf dem steinigen Weg zum Ziel sind für den Kandidaten im Promotionsverfahren die Nächsten und Freunde, die in den Höhen und unausweichlichen Tiefen, die zu durchstehen sind, unbeirrt zu mir gehalten haben. Mein Dank richtet sich an meine Eltern und an meinen Bruder Fritz, die mir in den zurückliegenden Jahren das Gefühl gegeben haben, an einen festen Punkt stets zurückkehren zu können. In der Zeit der Arbeit an der Dissertation habe ich meine Braut Christine kennengelernt. Durch die harten Anforderungen, die ein wissenschaftliches Vorhaben an das Zeitbudget stellt, war unser Zusammensein von Beginn an eine Prüfung, die wir dank der großen Geduld und Nachsicht, die mir gewährt wurde, bestanden haben.

Ein stets unerschöpflicher Kraftquell waren mir meine "Spezis" in der Heimat, Sigi, Hias und Peter, oft im "Landsknecht" vereint, aber auch meine Freunde in Polen und Belgien, im Elsaß, aus Mexiko und in Südafrika, zu denen ich hin und wieder geflohen bin. Nicht immer ein leichtes Leben mit mir hatten meine Kollegen, die mir trotzdem jederzeit mit Rat und Tat, gerade wenn es darum ging, die mir anfangs unergründlichen Geheimnisse der EDV zu lüften, treu zur Seite gestanden haben. Aufregende Abwechslungen boten sich auf Dienstreisen nach "Osten" mit Markus, nachdem wir mit einem bayerisch-tschechischen Projekt einen schönen Erfolg landen konnten. Eine Institution waren die Waldläufe mit Konrad, und es freut mich, daß wir die Promotion nahezu zeitgleich zu Ende gebracht haben. Fehlen werden mir die mittäglichen Innspaziergänge mit Ludwig und unsere guten Gespräche, immer fordernd und heiter zugleich.

Eine große Hilfe war der freundschaftliche Zusammenhalt, für den unser Lehrstuhl an der Universität Passau bekannt ist. Stets fröhliche Stimmung und Hilfsbereitschaft im Sekretariat, stets zuverlässig den Dienst versehende studentische Hilfskräfte, die sich wohl manchmal die Frage gestellt haben, wann "er" das alles liest. Besonders bedanken möchte ich mich bei Herrn Dipl.-Volkswirt Markus Müller und Herrn Diplom-Kaufmann Christoph Narholdt, die mir bei den technischen Komponenten der Bearbeitung eine wertvolle Hilfe gewesen sind. Für die kritische Durchsicht der Textvorlagen am Ende der Bearbeitungszeit möchte ich mich bei Herrn cand. rer. pol. Sergej Suchov und Herrn Dipl.-Kaufmann Andreas Neuber sehr herzlich bedanken.

Die harte Arbeit hat ihren Lohn gefunden. Am 18. Januar 1995 habe ich in der ehrwürdigen Aula der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena in Thüringen den Walter-Eucken-Preis 1994 entgegengenommen.

Inhaltsübersicht

INHALTSVERZEICHNIS

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

GLOSSAR

- 1 Methodische Fragestellungen der "Transformation" in Mittel- und Osteuropa
- 2 Die Transformation der Gütermarktordnung
- 3 Die Transformation der Eigentumsordnung
- 4 Die Transformation der monetären und Kapitalmarktordnung
- 5 Die Transformation der sozialen und Arbeitsmarktordnung
- 6 Stabilisierungspolitik im Ablauf der Transformation
- 7 Wettbewerbs- und Strukturpolitik im Ablauf der Transformation
- 8 Schlußbetrachtungen

STATISTISCHER ANHANG

BIBLIOGRAPHIE

Inhaltsverzeichnis

1	Methodische Fragestellungen der "Transformation" in Mittel- und Osteuropa	1
1.1	"Reine" Theorie oder "praktische" Ökonomie: Die Bedeutung dieser Unterscheidung für die Zielbestimmung der Untersuchung	2
1.2	Die Kategorien "Gemeinschaft" und "Gesellschaft": Kultur-geschichtliche Betrachtungen zur Entstehung des "modernen Kapitalismus"	9
1.3	Die Kategorien "Ordnung" und "Ablauf": Eine Entscheidung über das Erkenntnisverfahren der Untersuchung	16
1.3.1	Die "zwei Hauptprobleme der Nationalökonomie"	16
1.3.2	Die ordo-liberale Basisentscheidung für die Wettbewerbsordnung	19
1.3.3	Die politische Entscheidung für die Errichtung der Wettbewerbsordnung und das Problem der "ordnenden Potenzen"	22
1.4	Die ordnungspolitische Basisentscheidung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik und eine ordo-liberale Begründung für den Aufbau der Untersuchung	27
2	Die Transformation der Gütermarktordnung	35
2.1	Das Konzept der "konstituierenden und regulierenden Prinzipien": Eine Konkretisierung der ordnungspolitischen Kernfragen für die Transformation der Gütermarktordnung	37
2.2	Ordnungspolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit der "Liberalisierung" der Güterpreisbildung	45
2.2.1	Mögliche Wirkungen einer graduellen Freigabe der Güterpreisbildung auf die Nachfrageseite	47
2.2.2	Mögliche Wirkungen einer graduellen Freigabe der Güterpreisbildung auf die Angebotsseite	51
2.2.3	Die "Liberalisierung" der Güterpreisbildung in der CSFR	53
2.3	Der freie Marktzutritt für private Neugründungen und für Anbieter aus dem Ausland (De-Monopolisierung I)	55
2.3.1	Die Transformation der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für private Neugründungen und für ausländische Direkt-Investitionen	56
2.3.1.1	Institutionen-Ökonomie: Der "Unternehmer" und das "Unternehmen" in der Marktwirtschaft	56
2.3.1.2	Die Entwicklung der Wirtschaftsrechtsordnung in der CSFR und in den Nachfolge-Staaten	58

a)	Die wirtschaftsrechtliche Übergangsordnung in der Fassung vom 1. Mai 1990	58
b)	Die wirtschaftsrechtliche Ordnung in der Fassung vom 1. Januar 1992	64
2.3.1.3	Die De-Monopolisierung des Gütermarktes durch private Neugründungen und ausländische Direkt-Investitionen	69
a)	Die Bedeutung der privaten Neugründungen für die De-Monopolisierung des Gütermarktes	69
b)	Die Bedeutung der ausländischen Direkt-Investitionen für die De-Monopolisierung des Gütermarktes	72
ba)	Die quantitative Entwicklung der ausländischen Direkt-Investitionen	72
bb)	Überlegungen zur Motiv-Struktur und zur Problem-Struktur bei ausländischen Direkt-Investitionen	78
2.3.2	Die Transformation der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für den Außenhandel	86
2.3.2.1	Die Ausgangslage für die außenwirtschaftliche Öffnung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in bezug auf die Faktorausstattung	86
2.3.2.2	Das Freihandelskonzept und seine Bedeutung für die außenwirtschaftliche Öffnung zentralgeleiteter Ordnungen	90
2.3.2.3	Die Transformation der Außenwirtschaftsordnung in der CSFR	98
3	Die Transformation der Eigentumsordnung	105
3.1	Ordnungspolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit der Auswahl geeigneter Verfahren für eine Gesamtstrategie der Entflechtung und Privatisierung	107
3.1.1	Ziele und Zielkonflikte: Eine Konkretisierung der Kernfragen der Privatisierung	107
3.1.2	Kapitalmarkt-Privatisierung und Standard-Privatisierung: Die "britischen Methoden"	110
3.1.3	Die Standard-Privatisierung durch die Treuhandanstalt in der ehemaligen DDR	113
3.1.4	Die "Massenprivatisierung": Die Effektivität der Voucher-Methode in bezug auf das Zielbündel der Privatisierung	116
3.1.5	Privatisierung in Polen und Ungarn: Schwerpunktsetzung für "britische" Methoden und Belegschaftsmodelle	120
3.1.5.1	Die Privatisierung in Ungarn	121
3.1.5.2	Die Privatisierung in Polen	123
3.2	Die Privatisierung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik (De-Monopolisierung II)	126
3.2.1	Rechtsgrundlagen und Träger der Privatisierung	127
3.2.2	Die Kleine Restitution und die Große Restitution	132

3.2.3	Die Kleine Privatisierung	138
3.2.4	Die Große Privatisierung	141
3.2.4.1	Das Gesamtkonzept der Großen Privatisierung in der ČSFR	144
3.2.4.2	Die Voucher-Privatisierung im Rahmen der Großen Privatisierung	152
a)	Die Ausarbeitung und der Vollzug der Privatisierungsprojekte für die erste Welle der Voucher-Privatisierung	152
b)	Die Konkretisierung der Voucher-Privatisierung in den Teil-Republiken	154
c)	Das Auftreten der Investment-Privatisierungs-Fonds (IP-Fonds) und die "Null-Runde" in der ersten Welle der Voucher-Privatisierung	157
d)	Die erste Welle der Voucher-Privatisierung und das Verhalten der beteiligten Akteure: IP-Fonds, Kleinanleger und die Zentren für Coupon- Privatisierung als Tâtonnement-Führer	162
3.2.4.3	Die Gesamtergebnisse der Großen Privatisierung bis zur Jahresmitte 1993	169
a)	Das Gesamtergebnis in der Tschechischen Republik	169
a)	Das Gesamtergebnis in der Slowakischen Republik	152
3.2.4.4	Die Rolle der Fonds des Nationalen Eigentums und das Zusammenspiel der politischen Träger im Ablauf der Privatisierung in der ČSFR	172
3.2.4.5	Die Fortsetzung der Großen Privatisierung in den Nachfolge-Staaten der ČSFR	178
a)	Die zweite Welle in der Tschechischen Republik	179
a)	Die zweite Welle in der Slowakischen Republik	180
4	Die Transformation der monetären und Kapitalmarktordnung	183
4.1	Eine Konkretisierung der ordnungspolitischen Kernfragen für die Transformation der monetären und Kapitalmarkt ordnung	185
4.1.1	Die Ursachen der monetären Instabilität zentralgeleiteter Volkswirtschaften	185
4.1.2	Die Rolle der finanziellen Intermediäre in marktwirtschaftlichen Ordnungen	188
4.1.3	Die ordnungspolitischen Kernfragen der Transformation im monetären Sektor	193
4.2	Die Transformation der Geldmarktordnung und die Sicherung der Stabilität im monetären Sektor	195
4.2.1	Die wettbewerbliche Neuordnung im Bankensektor (Die Angebotsseite des Geldmarktes)	195

4.2.2	"Alt"-Schulden und "inter-enterprise"-Verschuldung im Unternehmenssektor (Die Nachfrageseite des Geldmarktes)	211
4.2.2.1	Die Bedeutung der Schuldenproblematik für das konstituierende Prinzip "Haftung"	211
4.2.2.2	Ansätze zur Lösung der Schuldenproblematik in der ČSFR und in den Nachfolge-Staaten	213
a)	Die Bereinigung der "Alt"-Schulden	214
b)	Ansätze zur Auflösung der "inter-enterprise"-Verschuldung	218
4.3	Der Wiederaufbau einer funktionstüchtigen Kapitalmarktordnung	220
4.3.1	Exkurs: Der Wiederaufbau des Kapitalmarktes in Ungarn und Polen	221
4.3.2	Der Wiederaufbau des Kapitalmarktes in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik	223
4.3.2.1	Die Rechtsgrundlagen für den Wiederaufbau des Kapitalmarktes	223
4.3.2.2	Die Institutionen des Kapitalmarktes: Wertpapierbörse, RM-System, Zentrum für Wertpapiere, Optionen-Börse	224
4.3.2.3	Die Schwachstellen der Kapitalmarkt-Organisation	227
4.3.3	Die Perspektiven des tschechischen und slowakischen Kapitalmarktes im mittelosteuropäischen Vergleich	229
4.4	Die Frage nach dem "richtigen" Wechselkursregime und das Problem der "Konvertibilität"	231
4.4.1	Klarstellungen zum Begriff "Konvertibilität" im Zusammenhang mit der Transformation in Mittel- und Osteuropa	231
4.4.2	Die Leistungsbilanz-Konvertibilität und die Frage nach dem "richtigen" Wechselkursregime	233
4.4.3	Das Problem der Kapitalbilanz-Konvertibilität	237
4.4.4	Die Wechselkurspolitik in der ČSFR und in den Nachfolge-Staaten	238
5	Die Transformation der sozialen und Arbeitsmarktordnung	247
5.1	Die Grundsatzfrage: Die soziale und Arbeitsmarktordnung als selbständige Teilordnung in der Marktwirtschaft	249
5.2	Die Transformation der sozialen Ordnung	252
5.2.1	Die ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft	252
5.2.2	Die Bedeutung einer sozialen Einkommenssicherung für die Akzeptanz der Transformation im politischen Prozeß	256
5.2.3	Die soziale Einkommenssicherung in der ČSFR und in den Nachfolge-Staaten	260

5.2.3.1	Die soziale Sicherung der Mindesteinkommen (sozialer Friede)	262
5.2.3.2	Die soziale Einkommenssicherung gegen Existenzrisiken (soziale Sicherheit)	263
5.3	Die Transformation der Arbeitsmarktordnung	266
5.3.1	Arbeitsmarktausgleichspolitik: Aktive Ausgleichspolitik und passive Einkommenssicherung im Falle der Arbeitslosigkeit	268
5.3.1.1	Die Bedeutung der Arbeitsmarktausgleichspolitik für die Transformation	268
5.3.1.2	Aktive und passive Arbeitsmarktausgleichspolitik in der CSFR und in den Nachfolge-Staaten	273
5.3.2	Arbeitsmarktordnungspolitik: Die Organisation der Arbeitsbeziehungen und die Lohnbildung in kollektiven Verhandlungen	277
5.3.2.1	Die Bedeutung der Arbeitsbeziehungen und der kollektiven Lohnbildung in einer Marktwirtschaft	277
a)	Die Arbeitnehmermitbestimmung in der Marktwirtschaft	278
b)	Die kollektive Lohnbildung in einer Marktwirtschaft	281
c)	Folgerungen für die Transformation der Arbeitsmarktordnungen in Mittel- und Osteuropa	284
5.3.2.2	Die Organisation der Arbeitsbeziehungen und die kollektive Lohnbildung in der CSFR und in den Nachfolge-Staaten	287
a)	Die Organisation der Sozialpartner: Arbeitnehmerverbände und Arbeitgeberverbände in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik	287
aa)	Die Arbeitnehmerseite	287
ab)	Die Arbeitgeberseite	290
b)	Die Rechtsgrundlagen der Sozialpartnerschaft und die Tripartitäts-Kommissionen: Die kollektive Lohnbildung auf der zentralen und auf der mittleren Ebene	292
c)	Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen auf der betrieblichen und überbetrieblichen Ebene	297
6	Stabilisierungspolitik im Ablauf der Transformation	301
6.1	Transformation und Stabilisierung: Eine allgemeine Konkretisierung der maßgeblichen ablaufpolitischen Fragestellungen	303
6.2	Die Grenzen der Stabilisierungspolitik und das Sequenz-Problem der Transformation	306
6.2.1	Der "Paradigma-Wechsel" zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und seine Bedeutung für die Transformation in Mittel- und Osteuropa	307

6.2.1.1	Stabilisierungspolitik oder Stabilitätspolitik: Das Stabilisierungsproblem in der Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen	307
6.2.1.2	"Schock-Therapie" und "Gradualismus": Das monetaristische Paradigma und seine Wirkungen auf die Transformation in Mittel- und Osteuropa	311
6.2.2	"Stock equilibrium" und "flow equilibrium": Die stabilisierungspolitischen Nebenbedingungen der Ordnungspolitik und das Sequenz-Problem der Transformation	318
6.2.2.1	Die Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Bestandsgrößen am Beginn der ordnungspolitischen Transformation ("stock equilibrium")	318
6.2.2.2	Das Sequenz-Problem und die Kanalisierung der gesamtwirtschaftlichen Stromgrößen im Ablauf der Transformation ("flow equilibrium")	322
6.3	Niveau und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik im Betrachtungszeitraum	330
6.3.1	Die Gesamtentscheidung für eine "Schock-Therapie" in der ČSFR: Ein "Triumph des Monetarismus"	330
6.3.2	Volkseinkommensentstehung und -verwendung: Die Entwicklung der Zielgröße Bruttoinlandsprodukt in Niveau und Struktur	332
6.3.2.1	Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im "Schaltjahr" 1990	333
6.3.2.2	Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach dem "Urknall" von 1991	333
6.3.2.3	Die Ursachen des "Kollaps" der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der ČSFR	335
a)	Interne Ursachen auf der Angebotsseite	336
b)	Externe Ursachen auf der Angebotsseite	337
c)	Interne Ursachen auf der Nachfrageseite	338
d)	Externe Ursachen auf der Nachfrageseite	339
6.3.3	Preisniveau und Beschäftigungsstand: Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen "Primärziele" in Niveau und Struktur	340
6.3.3.1	Die Preisniveaumentwicklung im Einzelhandel (Verbraucherpreise) und im Großhandel (Erzeugerpreise)	341
6.3.3.2	Die Entwicklung des Beschäftigungsstandes und der Struktur des Arbeitsmarktes	344
(a)	Die Entwicklung des Beschäftigungsstandes im Niveau	344
(b)	Sektorale und demographische Merkmale der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit	347
6.3.4	Die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen und der Zahlungsbilanz in Niveau und Struktur	350

6.3.4.1	Der Außenhandel mit der übrigen Welt	351
(a)	Die Außenhandelsentwicklung im Niveau	351
(b)	Die regionale und sektorale Struktur der Außenhandelsentwicklung	352
6.3.4.2	Die Zahlungsbilanz und die externe Verschuldung	355
6.3.4.3	Die Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen im Warenverkehr und im Zahlungsverkehr seit der Sezession	358
6.4	Die Rolle der Stabilisierungspolitik im Ablauf der Transformation	360
6.4.1	Die Zins- und Geldmengenpolitik der Zentralbank im Betrachtungszeitraum	361
6.4.1.1	Das Problem der "richtigen" Zinspolitik für den Start der Transformation	361
6.4.1.2	Die Wirksamkeit der Geldmengensteuerung in der ČSFR und in den Nachfolge-Staaten im Ablauf der Transformation	363
6.4.2	Die Lohn- und Fiskalpolitik der Regierung im Betrachtungszeitraum	370
6.4.2.1	Die Lohnpolitik der Regierung in den Tripartitäts-Kommissionen	370
6.4.2.2	Die Fiskalpolitik der Föderation und der Republiken im Ablauf der Transformation	372
a)	Das Budget zwischen verfassungspolitischen Rahmenbedingungen und finanzpolitischen Grundsätzen	372
b)	Die Steuerpolitik in der Übergangsordnung und die Große Steuerreform von 1993	377
c)	Die Budgetpolitik der Föderation und der Teil-Republiken im Betrachtungszeitraum	382
6.5	Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen in bezug auf das Wachstumsziel der Transformation	387
7	Wettbewerbs- und Strukturpolitik im Ablauf der Transformation	391
7.1	Grundlagen der Wettbewerbs- und Strukturpolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung	393
7.1.1	Grundsatzfragen zur Legitimation wirtschaftspolitischer Eingriffe in einer Marktwirtschaft	393
7.1.2	Das regulierende Prinzip "De-Monopolisierung" (Wettbewerbspolitik)	396
7.1.3	Das regulierende Prinzip "Wirtschaftsrechnung" (Strukturpolitik)	397
7.1.4	Folgerungen für die Transformation in Mittel- und Osteuropa	398
7.2	Wirtschaftlicher Wettbewerb und Wettbewerbspolitik im Ablauf der Transformation	399
7.2.1	Die Wettbewerbsschutzpolitik	400

XVIII

7.2.2	Die Insolvenzordnung: Wettbewerbsförderung durch "Haftung"	404
7.3	Die Entwicklung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik	407
7.3.1	Stichworte zur historischen Entwicklung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur	407
7.3.2	Die Entwicklung der sektoralen Struktur und der Größenstruktur in der tschechisch/slowakischen Volkswirtschaft	410
8	Schlußbetrachtungen	415
 STATISTISCHER ANHANG		423
	Vorbemerkung	425
	Gliederung	426
	Quellennachweis	428
	Tabellenteil	430
 BIBLIOGRAPHIE		523
	Vorbemerkung	525
	Literaturverzeichnis	527
	Gesetzsammlung	585
	Feldstudien	596
	Tages- und Wochenpresse	602

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abb. 1: Die Struktur der ausländischen Direktinvestitionen	
a) Tschechische Republik	84
b) Slowakische Republik	85
Abb. 2: Modell der Entflechtung und Privatisierung eines staatlichen Unternehmens durch den Vollzug des Gesetzes über die Große Privatisierung unter Berücksichtigung aller zulässigen Verfahren der Eigentums-übertragung	142/143
Abb. 3: Die Voucher-Privatisierung im Rahmen der Großen Privatisierung in der ČSFR	
a) Der "Fahrplan" der Voucher-Privatisierung	151
b) Die Ergebnisse in der ersten Welle der Voucher-Privatisierung	168
Abb. 4: Die Kleine Privatisierung und die Große Privatisierung: Einnahmen und Ausgaben des Fonds für Nationales Eigentum der Tschechischen Republik	173
Abb. 5: Die Bilanzstruktur der kommerziellen "Alt"-Banken	
a) Die Komerční banka a.s., Praha (Kommerzbank AG, Prag)	207
b) Die Česká spořitelna a.s., Praha (Tschechische Sparkasse AG, Prag)	208
c) Die Všeobecná úverová banka a.s., Bratislava (Allgemeine Kreditbank AG, Preßburg)	209
d) Die Slovenská štátna sporiteľňa š.p.ú., Bratislava (Slowakische Staatliche Sparkasse - staatliches Geldinstitut, Preßburg)	210
Abb. 6: Die Entwicklung der Bilanzstruktur der Konsolidační banka s.p.ú, Praha (Konsolidierungsbank - staatliches Geldinstitut, Prag)	219
Abb. 7: Die Lorenz-Kurve der Einkommensverteilung in der ČSFR im Jahr 1988	261
Abb. 8: Die Entwicklung der Leitzinsen und der durchschnittlichen Bankenzinsen	368/369

Abkürzungsverzeichnis

a.s.	akciová spoločnosť (Aktiengesellschaft)
Abb.	Abbildung
AG	Aktiengesellschaft
BfAI	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEFTA	Central European Free Trade Association
CERGE	The Center for Economic Research and Graduate Education
ČEZ	Český energetický závody (Tschechische Energiewerke)
ČKD	Českomoravský Kolben Daněk
CKP	Centrum kuponové privatisaci / Centrum kuponove privatisácie
CMEA	Council on Mutual Economic Assistance
č.	číslo (Nummer)
ČM KOS	Českomoravská komora odborových svazů
ČNB	Česká národní banka
ČNR	Česká národní rada
ČR	Česká republika
ČSFR	Česká a Slovenská federativní republika
ČS KOS	Česká a Slovenská komora odborových svazů
ČSR	Československá republika
ČSSR	Československá socialistická republika
ČSÚ	Český statistický úřad
d.h.	das heißt
d.i.	das ist
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
dass.	dasselbe
DIF	Diferenční investiční fond
DM	Deutsche Mark
dt.	deutsch
EBO	Employee-buy-out
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development

e.V.	eingetragener Verein
ECE	Economic Commission for Europe
ECU	European Currency Unit
ed.	editor
EDI	Economic Development Institute
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
engl.	englisch(e)
et al.	et altera
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNM	Fond národního majetku / Fond národného majetku
fob	free on board
FSÚ	Federalní statistický úřad
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HU	Ungarn
IAS	International Accounting Standards
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
ifo	Information und Forschung
IKB	Industriekreditbank
IMF	International Monetary Fund
IP-Fonds	Investment-Privatisierungs-Fonds
IWF	Internationaler Währungsfonds
Jg.	Jahrgang
Kč	Korun českých (Tschechische Kronen)
Kčs	Korun československých (Tschechoslowakische Kronen)
KOZ SR	Konfederácia odborových zväzov Slovenskej republiky
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MBI	Management-buy-in

MBO	Management-buy-out
MEGA	Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe
Mio	Millionen
Mrd	Milliarden
NBER	National Bureau of Economic Research
NBS	Národná banka Slovenska
NE	Nationaleinkommen
NIF	Nadační investiční fond
NI-Fonds	Nationaler Investitions-Fonds
Nr.	Nummer
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OPPZZ	Ogólne Polskie Porozumienie Związków Zawodowych (Allgemeine Polnische Vereinigung der Berufsverbände)
ÖS	Österreichischer Schilling
PHARE	Poland and Hungary Assistance Economic Restructuring
PL	Polen
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIF	Restituční investiční fond
RM	Registrační místo (Registrierungsstelle)
RM-S	RM-System
ROH	Revoluční odborové hnutí
S.	Seite
s.	siehe
SCP	Středisko cenných papírů / Stredisko cenných papierov
s.p.ú. / š.p.ú.	státní peněžní ústav / štátny peňažný ústav (staatliches Geldinstitut)
s.r.o.	společnost s ručeným omezením (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
SITC	Standard International Trade Classification
Sk	Slovenská koruna
SNR	Slovenská národná rada
SR	Slovenská republika
ŠÚSR	Štatistický úrad Slovenskej republiky
t	Zeitachse
Tab.	Tabelle

TOZ	Uvěry na trvale se obracející zásoby
Ü.	Übersetzung
u.a.	und andere
Ü.d.V.	Übersetzung des Verfassers
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
US \$	United States Dollar
vgl.	vergleiche
vol.	volume
VSŽ	Východoslovenské Železiarne (Ostslowakische Stahlwerke)
VŠE	Vysoká škola ekonomická
vwd	Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, Eschborn
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
zit.	zitiert

Glossar

(tschechische und slowakische Institutionen)

- Advokátní kancelář (Anwaltskanzlei)
- Agentura pro zahraniční investice České republiky (Agentur für ausländische Investitionen der Tschechischen Republik)
- Agrobanka Praha a.s., Praha (Agrobank Prag AG, Prag)
- Asociácia zamestnávateľských zväzov a združení Slovenskej republiky (Assoziation der Arbeitgeberverbände und Genossenschaften der Slowakischen Republik)
- Bratislavská opčná burza a.s., Bratislava (Preßburger Optionen-Börse AG, Preßburg)
- Burza cenných papierov v Bratislavě, a.s. (Wertpapierbörse in Preßburg, AG)
- Burza cenných papírů Praha, a.s. (Wertpapierbörse Prag, AG)
- Centrum kuponové privatisaci České republiky (Zentrum für Coupon-Privatisierung der Tschechischen Republik)
- Centrum kupónovej privatisácie Slovenskej republiky (Zentrum für Coupon-Privatisierung der Slowakischen Republik)
- Centrum strategických štúdií Slovenskej republiky, Bratislava (Zentrum für strategische Studien der Slowakischen Republik, Preßburg)
- Chemont a.s., Brno (Chemont AG, Brünn)
- Creditanstalt investiční společnost a.s., Praha (Creditanstalt Investitionsgesellschaft AG, Prag)
- Česká a Slovenská konfederace odborových svazů (Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände)
- Česká národní banka (Tschechische Nationalbank)
- Česká národní rada (Tschechischer Nationalrat)
- Česká obchodní a průmyslová komora (Tschechische Handels- und Industriekammer)
- Česká pojišťovna a.s., Praha (Tschechische Versicherungsgesellschaft AG, Praha)
- Česká republika (Tschechische Republik)
- Česká a Slovenská federativní republika (Tschechische und Slowakische Föderative Republik)
- Česká spořitelna a.s., Praha (Tschechische Sparkasse AG, Prag)
- Českomoravská komora odborových svazů (Böhmisch-Mährische Kammer der Gewerkschaftsverbände)
- Českomoravská záruční a rozvojová banka a.s., Praha (Böhmisch-Mährische Garantie- und Entwicklungsbank AG, Prag)
- Československá obchodní banka a.s., Praha (Tschechoslowakische Handelsbank AG, Prag)
- Česká a Slovenská komora odborových svazů (Tschechische und Slowakische Kammer der Gewerkschaftsverbände)

- Český statistický úřad (Tschechisches Statistisches Amt)
- Delegát německého průmyslu a obchodu v ČSFR (Der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Prag)
- Diferenční investiční fond (Ausgleichs-Investment-Fonds)
- Federalní statistický úřad (Föderatives Statistisches Amt)
- Ferrofond investiční a.s., Košice" (Ferrofond Investment AG, Kaschau)
- Fond národního majetku České republiky (Fonds des Nationalen Eigentums der Tschechischen Republik)
- Fond národného majetku Slovenskej republiky (Fonds des Nationalen Eigentums der Slowakischen Republik)
- Investiční banka a.s., Praha (Investitionsbank AG, Prag)
- Investiční a kapitálový společnost Komerční banky a.s., Praha (Investitions- und Kapitalgesellschaft der Kommerzbank AG, Prag)
- Investiční a poštovní banka a.s., Praha (Investitions- und Postbank AG, Prag)
- Investiční a rozvojová banka a.s., Bratislava (Investitions- und Entwicklungsbank AG, Preßburg)
- Izba Przemysłowo-Handlowa w Legnicy (Industrie- und Handelskammer in Liegnitz)
- Kapitálový a investiční společnost České pojišťovny a.s., Praha (Kapital- und Investitionsgesellschaft der Tschechischen Versicherungsgesellschaft AG, Prag)
- Komerční banka a.s., Praha (Kommerzbank AG, Prag)
- Konfederácia odborových zväzov Slovenskej republiky (Konföderation der Gewerkschaftsverbände der Slowakischen Republik)
- Konsolidační banka s.p.ú., Praha (Konsolidierungsbank, staatliches Geldinstitut, Prag)
- Lúďová banka Bratislava a.s., Bratislava (Volksbank Preßburg AG, Preßburg)
- Ministerstvo financí České republiky (Ministerium der Finanzen der Tschechischen Republik)
- Ministerstvo financí ČSFR (Ministerium der Finanzen der ČSFR)
- Ministerstvo financií Slovenskej republiky (Ministerium der Finanzen der Slowakischen Republik)
- Ministerstvo práce a sociálních věcí České republiky (Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik)
- Ministerstvo průmyslu a obchodu České republiky (Ministerium für Industrie und Handel der Tschechischen Republik)
- Ministerstvo pre hospodárství Slovenskej republiky (Ministerium für Wirtschaft der Slowakischen Republik)
- Ministerstvo pre správu a privatisáciu národného majetku Slovenskej republiky (Ministerium für die Verwaltung und Privatisierung des nationalen Eigentums der Slowakischen Republik)
- Ministerstvo pro hospodářskou politiku a rozvoj České republiky (Ministerium für Wirtschaftspolitik und Entwicklung der Tschechischen Republik)

- Ministerstvo hospodářství České republiky (Ministerium für Wirtschaft der Tschechischen Republik)
- Ministerstvo pro správu národního majetku a jeho privatizaci České republiky (Ministerium für die Verwaltung des nationalen Eigentums und seine Privatisierung)
- Místopředseda České národní rady (Vize-Präsident des Tschechischen Nationalrates)
- Nadácia Friedricha Eberta, Bratislava (Friedrich Ebert-Stiftung, Preßburg)
- Nadační investiční fond (Stiftungs-Investment-Fonds)
- Národná banka Slovenska (Nationalbank der Slowakei)
- Odborový zväz chémiá Slovenskej republiky (Gewerkschaftsverband der Chemie der Slowakischen Republik)
- Podnik výpočetní techniky (PVT) a.s., Praha (Unternehmen für Rechentechnik AG, Prag)
- Podnik výpočetné techniky (PVT) a.s., Bratislava (Unternehmen für Rechentechnik AG, Preßburg)
- Prognostický ústav Českoslovenké akademie věd (Prognose-Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften)
- Prvá Slovenská investičný privatizačný spoločnosť a.s., Banská Bystrica (Erste Slowakische Investment-Privatisierungs-Gesellschaft AG, Preßburg)
- První investiční fond a.s., Praha (Erster Investitionsfond AG, Prag)
- Prvý privatizačný fond a.s., Bratislava (Erster Privatisierungsfonds AG, Preßburg)
- Rada ekonomické a sociální dohody (Rat des wirtschaftlichen und sozialen Konsenses)
- Registrační místo (Registrierungsstelle)
- Restituční investiční fond (Restitutions-Investment-Fonds)
- Revoluční odborové hnutí (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung)
- Sdružení podnikatelů České republiky (Vereinigung der Unternehmer der Tschechischen Republik)
- Sdružení zaměstnavatelských svazů České republiky (Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Tschechischen Republik)
- Slovenská národná agentúra pre zahraničné investície a rozvoj (Slowakische Nationale Agentur für ausländische Investitionen und Entwicklung)
- Slovenská národná rada (Slowakischer Nationalrat)
- Slovenská poisťovňa a.s., Bratislava (Slowakische Versicherungsgesellschaft AG, Preßburg)
- Slovenská republika (Slowakische Republik)
- Slovenská štátna sporiteľňa š.p.ú., Bratislava (Slowakische Staatliche Sparkasse, staatliches Geldinstitut, Preßburg)
- Slovenská záručná banka, š.p.ú., Bratislava (Slowakische Garantiebank, Preßburg, staatliches Geldinstitut)
- Slovenský zväz priemyslu (Slowakischer Verband der Industrie)

- Spořitelní investiční společnost a.s., Praha (Sparkassen-Investment-Gesellschaft AG, Prag)
- Státní banka československá (Tschechoslowakische Staatsbank)
- Středisko cenných papírů (Zentrum für Wertpapiere)
- Stredisko cenných papierov (Zentrum für Wertpapiere)
- Svaz průmyslu České republiky (Verband der Industrie der Tschechischen Republik)
- Škoda automobilová a.s., Praha (Škoda Automobil AG, Prag)
- Štatistický úrad Slovenskej republiky (Statistisches Amt der Slowakischen Republik)
- Tatrabanka a.s., Bratislava (Tatrabank AG, Preßburg)
- Tramo a.s., Chrudim (Tramo AG, Chrudim)
- Unie pro dobré sousedství s německý hovořícími zeměmi (Union für gute Nachbarschaft mit deutschsprachigen Ländern)
- Unie zamestnavateľských zväzov Slovenskej republiky (Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Slowakischen Republik)
- Univerzita Karlova v Praze / Institut ekonomických věd (Karls-Universität in Prag / Institut für ökonomische Wissenschaften)
- Ústav ekonomickej teórie Slovenskej akadémie vied, Bratislava (Institut für ökonomische Theorie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Preßburg)
- Ústav pro hospodářskou politiku České republiky (Institut für Wirtschaftspolitik der Tschechischen Republik)
- Ústav stredoevropských štúdií Bratislava (Institut für mitteleuropäische Studien Preßburg)
- Ústavní soud České republiky (Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik)
- Vláda České a Slovenské federativní republiky (Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik)
- Vláda České republiky (Regierung der Tschechischen Republik)
- Vláda Slovenskej republiky (Regierung der Slowakischen Republik)
- Všeobecná úverová banka a.s., Bratislava (Allgemeine Kreditbank AG, Preßburg)
- Všeobecná úverová banka kupon a.s., Bratislava (Allgemeine Kreditbank Kupon AG, Preßburg)
- Vysoká škola ekonomická v Bratislave (Ökonomische Hochschule in Preßburg)
- Vysoká škola ekonomická v Praze (Ökonomische Hochschule in Prag)
- Výskumný ústav národohospodársky VŠE v Bratislavě (Volkswirtschaftliches Forschungsinstitut der Ökonomischen Hochschule in Preßburg)
- Výzkumný ústav práce a sociálních věcí České republiky (Forschungsinstitut für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik)
- Združenie podnikateľov Slovenska (Vereinigung der Unternehmer der Slowakei)
- Živnostenská banka a.s., Praha (Gewerbebank AG, Prag)

1 Methodische Fragestellungen der "Transformation" in Mittel- und Osteuropa

Da lag es dann nicht an der
Theorie,
wenn sie zur Praxis
wenig taugte,
sondern daran, daß nicht
genug Theorie da war.

Immanuel Kant

Im Zusammenhang mit einer volkswirtschaftlichen Untersuchung der "Transformation" in Mittel- und Osteuropa stellen sich grundsätzliche methodische Fragen, die einer Konkretisierung und Beantwortung bedürfen. Erstens: Was kann das Erkenntnisziel der Volkswirtschaftslehre sein, wenn ein konkreter geschichtlicher Vorgang, die "sanfte Revolution", zum Erkenntnisgegenstand gewählt ist? Zweitens: Wo sind aus der Sicht der Volkswirtschaftslehre die Grenzen dieses Gegenstandes zu orten, wenn die "kulturgeschichtlichen" Dimensionen des betrachteten historischen Ereignisses berücksichtigt werden? Und schließlich, welches Erkenntnisverfahren kann herangezogen werden, um die volkswirtschaftlichen Kernfragen dieser vorgefundenen Wirklichkeit zu konkretisieren? Die Beantwortung dieser drei Fragen nach Ziel, Gegenstand und Verfahren ist eine Voraussetzung, um den Aufbau der anstehenden Untersuchung über die Transformation der Wirtschaftsordnung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik zu begründen.

1.1 "Reine" Theorie oder "praktische" Ökonomie: Die Bedeutung dieser Unterscheidung für die Zielbestimmung der Untersuchung

Nach dem Sturz der marxistisch-leninistischen Herrschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten durch die "sanften Revolutionen" haben die neuen politischen Führungen angekündigt, das bisherige "Wirtschaftssystem", die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft, abzuschaffen und an seiner Stelle eine "freie" Gesellschaftsordnung, "Demokratie" und "Marktwirtschaft", zu errichten. Diese politischen Zielsetzungen haben an die Volkswirtschaftslehre den Ruf herangetragen, eine "Theorie der Transformation" zu entwickeln, um der Wirtschaftspolitik in den betroffenen Staaten eine Handlungsanleitung für den Weg vom "Plan" zum "Markt" bereitzustellen. Diese Forderungen, die in einer kritischen Situation, im Umbruch der Ordnung, im politischen Prozeß artikuliert wurden, konnten die Behauptung unterstützen, "... daß Krisen eine notwendige Voraussetzung für das Auftauchen neuer Theorien sind" (Thomas S. Kuhn)¹.

In der Volkswirtschaftslehre wird in zahlreichen Auseinandersetzungen zu den wirtschaftspolitischen Fragen, die durch die "Transformation" aufgeworfen werden, Stellung genommen. Regelmäßig wird die Dringlichkeit einer neuen "Theorie" bekräftigt, die den "Übergang ... von einem Wirtschaftssystem zum anderen" zum Gegenstand haben soll²: "Without an adequate theory a successful transition is hardly possible" (Helmut Leipold)³. Aber der politischen Forderung nach einem Gesamtkonzept wird von seiten der Volkswirtschaftslehre entgegengehalten, daß dem Fach bislang keine zureichenden Klarstellungen über Gestalt und Aufgabe einer "Theorie

¹ Kuhn, Thomas S. (1962), dt. Ü. (1967, 1976²), Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main, 1976, S. 90.

² Peters, Hans-Rudolf (1990), Transformationstheorie und Ordnungspolitik, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 19. Jg. (1990), Heft 8, S. 384-389, hier: S. 384.

³ Leipold, Helmut (1992), The neoliberal concept of economic order, in: Saunders, Christopher T. (1992), Economics and Politics of Transition, Houndmills/London, 1992, S. 73-85, hier: S. 73.

der Transformation" gelungen sind und daher allgemeingültige Handlungsempfehlungen nur bedingt abgegeben werden könnten⁴.

Die Unklarheiten über Inhalt und Ziel einer "Theorie der Transformation" könnten damit zusammenhängen, daß in der Volkswirtschaftslehre über Erkenntnisgegenstand und Erkenntnisziel des Faches uneinheitliche Auffassungen anzutreffen sind⁵. Im Widerstreit der unterschiedlichen Lehrmeinungen, deren "Konjunktur" im Zeitablauf dem Wechsel wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Herausforderungen und dem Grad ihrer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit unterliegt, kann ein festes, zeitunabhängiges Merkmal festgestellt werden, das zwei Anschauungen über den Erkenntnisgegenstand und das Erkenntnisziel der Volkswirtschaftslehre identifiziert: "Die Unterscheidung zwischen zwei Zweigen der Nationalökonomie, nämlich ... 'theoretische' und 'praktische' Nationalökonomie" (Gunnar Myrdal)⁶.

Die "theoretische Nationalökonomie", die "reine" Marktwirtschaftslehre (Leon Walras)⁷, sucht nach der Erkenntnis der Regelmäßigkeiten im wirtschaftlichen Ablauf, um Ursachen und Wirkungen von wirtschaftlichen Handlungen in bezug auf gegebene Bedingungen anhand von "Gesetzen" allgemein zu erklären⁸. Diese Auffassung über den Erkenntnisgegenstand der Volkswirtschaftslehre hat in der neoklassischen/monetaristischen Denkschule und, unter Übertragung der Methode, im Konzept der "neuen politischen Ökonomie", Niederschlag gefunden⁹. Hingegen setzt die "praktische Nationalökonomie" an gewünschten Zuständen an, die im politischen Prozeß in bezug auf die wirtschaftliche Lage artikuliert werden. Die Erkenntnis des politisch "Gewollten" ist Voraussetzung, um Beziehungen und Rangfolgen zwischen gegebenen Zielen zu formulieren und um geeignete Mittel zur Zielerreichung zu begründen. Die beiden Aufgabenstellungen der Volkswirtschaftslehre sind streng zu trennen: "In einem ... grossen Irrthume ... befinden sich jene, welche (die theoretische Nationalökonomie) mit der (praktischen) Volkswirtschaftspolitik ... verwechseln" (Carl Menger)¹⁰.

Die Zweiteilung zwischen der "reinen" Lehre, der "theoretischen Nationalökonomie", und der "praktischen Nationalökonomie", die als "Kunstlehre" begriffen wird, folgt aus dem sachlichen Unterschied in der Fragestellung. Die Gegenüber-

⁴ vgl. Lösch, Dieter (1992), The Road to a Market Economy: Elements of a Normative Theory of System Transformation, in: *Intereconomics*, vol. 27 (1992), Nr. 6, S. 255-260.

⁵ vgl. Streißler, Erich (1980), Kritik des neoklassischen Gleichgewichtsansatzes als Rechtfertigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: Streißler, Erich / Watrin, Christian (Hrsg.), *Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen*, Tübingen 1980, S. 38-69.

⁶ Myrdal, Gunnar (1925; 1932), *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, dt. Ü. von: Mackenroth, Gerhard, Berlin, 1932, S. 10.

⁷ Walras, Leon (1926; 1952/1976), *Éléments d'Économie politique pure ou Théorie de la richesse sociale*, Paris, 1952, S. 365, engl. Ü. von: Jaffé, William (1954/1965), *Elements of Pure Economics*, London, 1965, S. 377.

⁸ vgl. Neumann, Manfred (1985), Homo Oeconomicus als Wirtschaftspolitiker. Variation eines bekannten Themas, in: Gäfgen, Gérard (Festschrift), hrsg. von: Milde, Hellmuth / Monissen, Hans G., *Rationale Wirtschaftspolitik in komplexen Gesellschaften*, Stuttgart u.a., 1985, S. 129-137.

⁹ vgl. Frey, Bruno S. (1970), Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 126. Band (1970), S. 1-23.

¹⁰ Menger, Carl (1883/1969), *Gesammelte Werke*, Band II, *Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere*, hrsg. von: Hayek, Friedrich A. von, Tübingen, 1969, S. 19.

stellung hat aber immer wieder zu einer ideologischen Konfrontation der beiden "Nationalökonomien" (Werner Sombart) geführt¹¹. Doch die beiden Aufgabenstellungen ergänzen sich: Die Erkenntnis der "reinen" Lehre kann für sich Selbstzweck sein, aber die Kenntnis der allgemeinen "Gesetze" des wirtschaftlichen Ablaufs ist eine notwendige Voraussetzung, um "praktische Ökonomie" zu betreiben, um also die Fragestellungen der praktischen Wirtschaftspolitik zu beantworten. "Es handelt sich hier also nicht um eine Grenze zwischen Wissenschaft und etwas, das nicht Wissenschaft ist ..., sondern es handelt sich um eine Grenze zwischen zwei Wissenschaften" (Gunnar Myrdal)¹².

Daher könnte die Zweiteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Aufgabenstellung genutzt werden, um einer Antwort auf die Frage nach Erkenntnisgegenstand und Erkenntnisziel einer volkswirtschaftlichen Untersuchung der Transformation in Mittel- und Osteuropa näherzukommen. In der "reinen" Ökonomie wird gegenwärtig die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre darin gesehen, Ursachen und Ablauf der "Transformation" als "Prozeß" zu erklären und aus der möglichen Erkenntnis von Regelmäßigkeiten eine allgemeine "Theorie der Transformation" zu entwickeln¹³. Hingegen kann sich die praktische Ökonomie die Aufgabe stellen, die Zielsetzungen, die von den politischen Führungen der "sanften Revolutionen" in bezug auf das neue "Wirtschaftssystem" bekundet werden, zu konkretisieren, um dann in einer vorgefundenen Ausgangslage geeignete wirtschaftspolitische Mittel, die zur Zielerreichung führen, zu einer "Technologie der Transformation" zusammenzuführen.

Die Entscheidung, ob nach einer allgemein gültigen Gesetzmäßigkeit zur Erklärung eines konkreten historischen "Prozesses" oder nach einem Maßstab zur Kritik einer bestimmten "Politik" in einer konkreten historischen Situation gesucht wird, geht daher der Frage, welche Methode zur Untersuchung der "Transformation" herangezogen wird, voraus. Im Unterschied zu dem Vorhaben, eine allgemeine "Theorie" zur Erklärung des "Transformationsprozesses" zu entwickeln, würde in der "praktischen Ökonomie" das Erkenntnisziel bescheidener gesetzt. Die Bescheidenheit hat einen wichtigen Grund: Würde der Auffassung gefolgt, daß die "Transformation" in Mittel- und Osteuropa einen geschichtlich einmaligen Vorgang darstellt, dann stellt sich die Frage, ob ein historischer Prozeß ex-ante in die Gesetzmäßigkeit einer "Modell-Theorie"¹⁴ eingeordnet werden kann¹⁵. "Daher spricht einiges dafür, das Projekt einer Theorie des Transformationsprozesses vorerst zu vertagen" (Christian Watrin)¹⁶.

11 Sombart, Werner (1902, 1921⁴), *Der moderne Kapitalismus*, Zweiter Band, Zweiter Halbband, München/Leipzig, 1921, S. 920.

12 Myrdal (1925; 1932), S. 12.

13 vgl. Peters (1990), S. 384.

14 zu den Begriffen "Modell" und "Theorie" in der wirtschaftswissenschaftlichen Methodologie vgl. Czayka, Lothar (1991), *Formale Logik und Wissenschaftsphilosophie: Einführung für Wirtschaftswissenschaftler*, München, 1991, S. 80.

15 vgl. Albert, Hans (1963), *Modell-Platonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung*, in: Weisser, Gerhard (Festschrift), hrsg. von: Karrenberg, Friedrich / Albert, Hans, Berlin, 1963, S. 45-76.

16 Watrin, Christian (1990), *Der schwierige Weg von der sozialistischen Planwirtschaft zur marktwirtschaftlichen Ordnung*, in: Möller, Hans (Festschrift), *Theorie der Wirtschaftspolitik*, hrsg. von: Schulenburg, J.-M. Graf von der / Sinn, Hans-Werner (Hrsg.), Tübingen, 1990, S. 26-46, hier: S. 28.

Die praktische Interpretation der Herausforderung, die durch die "sanften Revolutionen" an das Fach herangetragen ist, würde die "Transformation" nicht als einen abstrakten "Prozeß" betrachten, dessen Bewegung im Zeitablauf die Frage nach einer allgemeingültigen gesetzlichen Erklärung aufwirft. Stattdessen wäre zu versuchen, die programmatischen Vorstellungen und Zielsetzungen der politischen Bewegungen und Gruppen, deren Führungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten die Herrschaft angetreten haben, aufzugreifen, um mit dem verfügbaren theoretischen Wissen eine technologische Beratung anzubieten. Eine praktische Untersuchung der "Transformation" zieht die bekundeten Zielsetzungen der "sanften Revolution" als den festen Punkt für eine Prüfung der Konsistenz der konkret eingeleiteten Politik heran, die in bezug auf die Ausgangslagen in den einzelnen Staaten zu ganz unterschiedlichen Schlußfolgerungen über die konkreten Handlungsbedarfe gelangen kann.

An die Frage nach den programmatischen Zielsetzungen der "Transformation" kann zugleich die Frage nach der Legitimation angeschlossen werden, mit der die neuen politischen Führungen, die nach dem Sturz der marxistisch-leninistischen Macht die Herrschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten angetreten haben, ein neues "Wirtschaftssystem" errichten. Das Legitimationsproblem führt zu den geschichtlichen Hintergründen der "sanften Revolutionen", denn die Gruppen und Bewegungen, aus denen die Führer der "sanften Revolution" hervorgegangen sind, haben sich historisch im Widerstand gegen die "Diktatur des Proletariats", im Kampf um die "Demokratie", gebildet. Diese Gruppen schöpfen einen Legitimitätsanspruch für den Sturz einer "legalen Herrschaftsordnung" (Max Weber)¹⁷, für die außerordentliche Aneignung der politischen Herrschaft, bekundetermaßen aus einer konkreten Vorstellung über eine "bessere" Ordnung für das Zusammenleben der Menschen und unterstellen, daß das gewählte Leitbild mit den Werthaltungen einer hinreichend großen Gefolgschaft der Bürger übereinstimmt: "Tvá vláda, lide, se k tobě navrátila" (Václav Havel)¹⁸.

In bezug auf diesen Anspruch könnte den Trägern der "sanften Revolution" die Idee unterstellt werden, gedanklich einen "Contrat Social" (Jean-Jacques Rousseau)¹⁹, einen Gesellschaftsvertrag, mit der Bürgerschaft zu schließen, um eine neue Ordnung, die mehrheitlich die Zustimmung der Gesellschaftsmitglieder findet, aufzurichten. Die Führer der "sanften Revolutionen" bekunden regelmäßig, in den mittel- und osteuropäischen Staaten "Demokratie" und "Marktwirtschaft", grundsätzlich nach dem Muster der klassischen "liberalen" Ordnungen im "Westen", verwirklichen zu wollen²⁰. Nach dieser Standortbestimmung würden die neuen Führer das Leitbild der "Bürgerlichen Gesellschaft" ("civil society") aufgreifen, das den For-

¹⁷ Weber, Max (1921, 1972⁵/1990), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. von: Winkelmann, Johannes, Tübingen, 1990, S. 124.

¹⁸ "Deine Regierung, oh Volk, ist zu Dir zurückgekehrt"; Havel, Václav (1990a), *Präsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik*, Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989, in: *Rudé právo*, 2. 1. 1990, S. 3, dt. Ü. in: *Europa-Archiv*, Folge 7/1990, S. D 171-175.

¹⁹ Rousseau, Jean-Jacques (1762; 1987), *Du contrat social ou principes du droit politique*, Paris, 1987, S. 97, dt. Ü. (1906/1948), *Der Gesellschaftsvertrag*, hrsg. von: Tieze, Wilhelm, München, 1948, S. 59-60.

derungen der Gefolgschaften nach "Freiheit" und "Gerechtigkeit", die den wortgleichen Zielsetzungen des gestürzten marxistisch-leninistischen "Kollektivismus" gegenüberstehen, einen konkreten Inhalt gibt: "Man being born, ... with a Title to perfect Freedom ... equally with any other Man ... in the World" (John Locke)²¹.

Mit dem Instrument des Gesellschaftsvertrages, der die Errichtung einer Bürgerlichen Gesellschaft beinhaltet, verpflichtet sich die Führung der "sanften Revolution", die Gestaltung der neuen Ordnung auf das Naturrecht der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung des einzelnen Menschen auszurichten. Die Bürgerliche Gesellschaft gewährt aber dem Menschen keine schrankenlose Freiheit: "Die Einsetzung einer bürgerlichen Verfassung ... kann als ein mehr oder weniger unvollkommener Versuch zu einem System des Naturrechts betrachtet werden oder zu einer Aufzählung der einzelnen Regeln der Gerechtigkeit. Da die Verletzung der Gerechtigkeit ein Verhalten ist, das die Menschen niemals voneinander ruhig hinnehmen werden, ist die Obrigkeit gezwungen, die Macht des Gemeinwesens dazu zu verwenden, um die Übung dieser Tugend zu erzwingen. Ohne diese Vorsicht würde die bürgerliche Gesellschaft ein Schauplatz des Blutvergießens und der Unordnung werden" (Adam Smith)²².

Die Entscheidung für eine "Verfassung der Freiheit" (Friedrich A. von Hayek)²³ konstituiert für das "Wirtschaften" der Bürger, die frei in ihrem Handeln und gleich in ihren Rechten und Pflichten sind, das Grundprinzip der dezentralen Steuerung: "Die letzten Ziele staatsbürgerlicher Freiheit müssen mit den Zielen der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen übereinstimmen" (Alfred Müller-Armack)²⁴. Die Entscheidung für die "Marktwirtschaft" ist daher eine notwendige Bedingung für die Durchsetzung der "Demokratie" in der Bürgerlichen Gesellschaft. Umgekehrt gilt: Die Entscheidung für die Bürgerliche Gesellschaft ist eine notwendige Bedingung für die Durchsetzung der "Marktwirtschaft". Im Unterschied zum "sozialistischen" System ist in dieser "Verfassung der Freiheit" der Eingriff des Staates nicht der Regelfall, sondern die Ausnahme und nur gestattet, um das Prinzip, die Funktionstüchtigkeit der dezentralen Steuerung, zu schützen. "In jedem einzelnen Falle (obliegt) die Beweislast nicht denen, die sich gegen die Regierungseinmischung wehren, sondern denen, welche sie empfehlen. Mit einem Wort: 'Laissez faire' sollte die allgemeine

²⁰ vgl. Roskin, Michael G. (1991), *The Rebirth of East Europe*, Englewood Cliffs / New Jersey, 1991, S. 171.

²¹ "Der Mensch wird ... mit einem Rechtsanspruch auf vollkommene Freiheit ... in Gleichheit mit jedem anderen Menschen ... auf dieser Welt geboren"; Locke, John (1680; 1960, 1983²), *Two Treatises of Government*, hrsg. von: Laslett, Peter, Cambridge u.a., 1988, S. 323, dt. Ü. (1718; 1906; 1977), *Zwei Abhandlungen über Regierung*, übersetzt von: Wilmanns, Hilmar, Halle a. S., 1906, S. 253.

²² Smith, Adam (1759; 1976), *The Theory of Moral Sentiments*, hrsg. von: Raphael, D. D. / Macfie, A. L., Oxford, 1976, S. 318 und 340-341, dt. Ü. (1770; 1926/1985), *Theorie der ethischen Gefühle*, hrsg. von: Eckstein, Walter, Hamburg, 1985, S. 529 und 568-569.

²³ vgl. Hayek, Friedrich A. von (1960/1963), *The Constitution of Liberty*, London, 1963, S. 220-233, dt. Ü. (1971, 1983²), *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen, 1983, S. 285-298.

²⁴ Müller-Armack, Alfred (1948), *Vorschläge zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, Volkswirtschaftliche Gesellschaft e.V., Hamburg-Altona, 1948, S. 13.*

Regel sein und jede Abweichung davon ist, sofern nicht ein großer Vortheil sie gebietet, ein sicheres Uebel" (John Stuart Mill)²⁵.

Die Tatsache der plötzlichen Entlassung der Menschen in Mittel- und Osteuropa aus einem "geschlossenen" System der Bevormundung und Zwangsumsorgung in die Chancen und Risiken einer "offenen Gesellschaft" (Karl Raimund Popper) kann den Legitimitätsglauben in die neue Ordnung erschüttern, wenn die Erwartungshaltungen der Gefolgschaft enttäuscht werden und ein gegenseitiges Mißverständnis über den Inhalt des Gesellschaftsvertrages zu Tage tritt. Das Mißverständnis der Gefolgschaft könnte darin bestehen, daß die Fortgeltung der "sozialistischen Ideale", "Freiheit" durch umsorgte Sicherheit und "Gerechtigkeit" durch versorgte Gleichheit, auf einem höheren Niveau der Bedarfsdeckung erwartet wird. Wenn die Werthaltungen, die in der Bürgerlichen Gesellschaft den Gehalt von "Freiheit" und "Gerechtigkeit" bestimmen, von den Menschen nicht verinnerlicht werden, dann besteht die Gefahr, daß dem Legitimitätsanspruch der "sanften Revolution" die Grundlage entzogen wird. Diese Gefahr ist real, denn das Leben des homo sovieticus "... war das Leben eines Sklaven, eines Gefangenen, aber es war ein sicheres Leben" (Adam Michnik)²⁶.

Diese Überlegungen beleuchten, daß die Herausforderungen der "Transformation" über die engen Grenzen einer "Plan"-/Markt"-Betrachtung hinausreichen und an erster Stelle als Problem der Verfassungsordnung, aber auch als ein Problem der politischen Bewußtseinsbildung des einzelnen auftreten²⁷. Die "sanfte Revolution" in Mittel- und Osteuropa zwingt die Menschen zu einer vollständigen Umorientierung im Denken und Handeln. Durch die "offene Gesellschaft" werden vielgestaltige, bislang unbekannte Handlungsspielräume aufgeschlossen, in denen neue Formen und Regeln der dezentralen Koordination zur "spontanen Entdeckung" bereitstehen (Friedrich A. von Hayek)²⁸. Die fehlende Voraussicht, die an der Bruchstelle des Umsturzes besteht, beschreibt die "Transformation" als eine offene Entwicklung mit unbekanntem Ausgang. Die Offenheit zeigt auch auf die Grenzen, die der Politik für eine sinnvolle Gestaltung dieses Prozesses und der Volkswirtschaftslehre für die Arbeit an einer "Theorie" oder "Technologie" der Transformation gesetzt sind.

Die Unwissenheit über den Fortgang der Dinge konfrontiert das Vorhaben, eine "Theorie der Transformation" zu entwickeln, die Ursachen und Ablauf eines historischen Prozesses vorab erklären würde, so daß die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa "in jedem concreten Falle ... als Exemplificationen einer allgemeinen Regelmässigkeit vor unser Bewusstsein treten" (Carl Menger)²⁹, mit unlösbaren methodischen Anforderungen: Erstens können die dynamischen Merkmale der "Trans-

²⁵ Mill, John Stuart (1848; 1965/1977), *Collected Works of John Stuart Mill*, vol. II, *Principles of Political Economy*, hrsg. von: Robson, J. M., S. 944-945, Toronto, 1977, dt. Ü. (1851, 1881⁴/1968), *Gesammelte Werke*, Band 7, *Grundsätze der Politischen Ökonomie*, redigiert von: Gomperz, Theodor, Aalen, 1968, S. 265.

²⁶ Michnik, Adam (1992), *Czy grozi nam powrót komunizmu?*, in: *Gazeta Wyborcza*, 31.10./1.11.1992, Warszawa/Warschau, 1992, S. 9, dt. Ü.: *Droht uns die Rückkehr des Kommunismus?*, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 278, 2. 12. 1992, S. 18.

²⁷ vgl. Buchanan, James M. (1987), *The Constitution of Economic Policy*, in: *The American Economic Review*, vol. 77 (1987), Nr. 3, S. 243-250.

²⁸ Hayek, Friedrich A. von (1988), *The Collected Works of Friedrich August Hayek*, vol. I., *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*, hrsg. von: Bartley, W. W., London, 1988, S. 88.

formation" nicht zureichend berücksichtigt werden, denn "... das heutige ökonomische Denken steht erst am Anfang eines Weges ... von der klassischen Gleichgewichtsmechanik hin zu einer ... 'evolutionären Ökonomik'" (Hans G. Nutzinger)³⁰. Zweitens ist fraglich, ob eine "Theorie des Systemwandels" gefunden werden kann, die die Offenheit der geschichtlichen Entwicklung berücksichtigt und "... als gesamtgesellschaftliche Theorie die Interdependenz verschiedener gesellschaftlicher Subsysteme ins Zentrum (stellt)" (Helmut Wagner)³¹.

Das Erkenntnisziel der "praktischen" Nationalökonomie, mit dem gegebenen theoretischen Wissen eine Kritik konkreter wirtschaftspolitischer Konzeptionen vorzunehmen, trifft dagegen für die anstehende Untersuchung der "Transformation" auf methodisch lösbare Aufgaben. Die Bekundungen der neuen politischen Führungen in Mittel- und Osteuropa, die "alte" Ordnung durch "Demokratie" und "Marktwirtschaft" zu ersetzen, bieten einen festen Punkt, um die konkreten Handlungsbedarfe der Wirtschaftspolitik zu begründen und vorgefundene Konzeptionen auf Konsistenz und Widerspruchsfreiheit zu prüfen. Dabei kann dazu beigetragen werden, den politischen Führungen und den Menschen in Mittel- und Osteuropa, wenn die Begriffe "Demokratie" und "Marktwirtschaft" im politischen Prozeß strapaziert werden, "... die Kenntnis der Bedeutung des Gewollten selbst (zu lehren) ... und diese 'Ideen', für welche teils wirklich, teils vermeintlich gekämpft worden ist und gekämpft wird, dem geistigen Verständnis zu erschließen" (Max Weber)³².

1.2 Die Kategorien "Gemeinschaft" und "Gesellschaft": Kulturgeschichtliche Betrachtungen zur Entstehung des "modernen Kapitalismus"

"Der Sozialismus ist der phantastische jüngere Bruder des fast abgelebten Despotismus, den er beerben will; seine Bestrebungen sind also im tiefsten Verstande reaktionär. Denn er begehrt eine Fülle der Staatsgewalt, wie sie nur je der Despotismus gehabt hat, ja er überbietet alles Vergangene dadurch, daß er die förmliche Vernichtung des Individuums anstrebt (Friedrich Nietzsche)³³. Nach der historischen Erfahrung der totalen Staatlichkeit im "Sozialismus" haben die individualistischen Lehrmeinungen der neoklassisch/monetaristischen Denkschulen in Mittel- und Osteuropa eine große Anhängerschaft gefunden. Die Handlungsempfehlungen, die am Beginn der Transformation von "westlichen" Institutionen abgegeben wurden, an erster Stelle die Forderung nach "Liberalisierung"³⁴, folgten der grundsätzlichen Überzeugung, daß in einer "freien" Gesellschaft dem Staat in der "Wirtschaft" nur

²⁹ Menger (1883/1969), S. 33.

³⁰ Nutzinger, Hans G. (1991), Zur Methodologie der Transitionsperiode, in: Backhaus, Jürgen (Hrsg.), Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften, Marburg, 1991, S. 319-329, hier: S. 324.

³¹ vgl. Wagner, Helmut (1991), Einige Theorien des Systemwechsels im Vergleich, in: Backhaus, Jürgen (Hrsg.), Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften, Marburg, 1991, S. 17-40, hier: S. 34 und 36.

³² Weber, Max (1904; 1922, 1973⁴), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von: Winkelmann, Johannes, Tübingen, 1973, S. 150.

³³ Nietzsche, Friedrich (1878; 1886, 1978⁸/1990), Der Sozialismus in Hinsicht auf seine Mittel, in: Das Hauptwerk, Band 1, Menschliches, Allzumenschliches, hrsg. von: Perfahl, Jost, Stuttgart, 1990, S. 301-303.

³⁴ vgl. Friedman, Milton (1989), Using The Market For Social Development, in: Cato Journal, vol. 8 (1989), Nr. 3, S. 567- 579, hier: S. 568.

eine "untergeordnete" Rolle zukommen kann³⁵: "Die Regierung ist einmal wichtig als Forum, das die 'Spielregeln' bestimmt, und zum anderen als der Schiedsrichter, der über die Regeln wacht" (Milton Friedman)³⁶.

Aber die ersten Erfahrungen mit dem "Kapitalismus", Geldentwertung und Arbeitslosigkeit, drohen nun, nicht nur das Vertrauen der Wirtschaftspolitik in die Leistungsfähigkeit der Marktsteuerung, sondern auch die politische Glaubwürdigkeit der "Demokratie" in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften auszuhöhlen (s. 6.2.1.2)³⁷. Diese Folgen der "Liberalisierung" werden zum Teil auf die Anwendung des neoklassisch/monetaristischen Konzeptes zurückgeführt, das, so die Kritik, in der praktischen Anwendung vorrangig auf makroökonomische Fragen ausgerichtet wurde und die gesellschaftspolitischen Dimensionen der "Transformation" in den einzelnen Ländern nicht zureichend berücksichtigt hätte³⁸. Zwei Standpunkte werden regelmäßig herausgestellt:

- Erstens: Die Beachtung der kulturellen Eigenarten in den einzelnen Staaten in Mittel- und Osteuropa ist geboten, denn Traditionen können in "post-sozialistischen" Gesellschaften ein bedeutsames Moment der Abwehr gegen "liberale" Werthaltungen begründen: "Neoclassical economists tend to assume that people are the same in all societies, cultures, and historical situations (and) ... that human adjustments to new situations and signals will be essentially swift" (Amitai Etzioni)³⁹.
- Zweitens: Durch die Konzentration auf makroökonomische Problemstellungen ist es nicht gelungen, die ordnungspolitischen Gestaltungsaufgaben, die durch den Zerfall der "Zentrale" aufgeworfen wurden, für eine praktische Konzeption der Transformation zu konkretisieren: "To the problem of transition economic theory has no answer. It is a political problem" (Irena Grosfeld)⁴⁰.

Die beiden Standpunkte schließen daraus, daß der Erkenntnisgegenstand der "reinen" Marktwirtschaftslehre, das "einfache Marktsystem", zu eng gesetzt ist, um die Kernfragen der Transformation für die Wirtschaftspolitik zu konkretisieren. Durch die Transformation in Mittel- und Osteuropa stellt sich nicht nur die Frage, welche ökonomischen Wirkungen die "Gesetze des Marktes" unter gegebenen Rahmen-

³⁵ Galbraith, John Kenneth (1973), *Economics and the Public Purpose*, Boston, 1973, S. 19-20 und 26, dt. Ü. (1974), *Wirtschaft für Staat und Gesellschaft*, München/Zürich, 1974, S. 36-37 und 44-45.

³⁶ Friedman, Milton (1962), *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962, S. 3, 10-11 und 15, dt. Ü. (1971), *Kapitalismus und Freiheit*, Stuttgart, 1971, S. 21, 30-31 und 36.

³⁷ vgl. Furubotn, Eirik G. (1992), *Eastern European Reconstruction Problems: Some General Observations*, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, vol. 148 (1992), S. 201-206, hier: S. 201.

³⁸ vgl. Murrell, Peter (1991), *Can Neoclassical Economics Underpin The Reform Of Centrally Planned Economics?*, in: *Journal of Economic Perspectives*, vol. 5 (1991), Nr. 4, S. 59-76, hier: S. 64 und 73.

³⁹ Etzioni, Amitai (1991), *Eastern Europe: The Wealth of Lessons*, in: *Challenge*, vol. 34 (1991), Nr. 4, S. 4-10, hier: S. 4 und 5.

⁴⁰ Grosfeld, Irena (1990), *Reform Economics and Western Economic Theory: Unexploited Opportunities*, in: *Economic Planning*, vol. 23 (1990), Nr. 1, S. 1-19, hier: S. 16; dies. (1992), *Reform Economics and Western Economic Theory: Unexploited Opportunities*, in: Kovács, János Mátyás / Tardos, Márton (ed.), *Reform and transformation in Eastern Europe*, S. 62-79, hier: S. 75-76.

bedingungen entfalten. Vorrangig stellt sich das Problem, wie die "richtigen" institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen "Demokratie" und "Marktwirtschaft" entstehen und bestehen können, anstelle der gestürzten Ordnung zustandekommen. Diese Fragestellung ist in ihrem Kern nicht neu, denn sie wurde schon in der Auseinandersetzung der deutschen Historischen Schule mit der klassischen Volkswirtschaftslehre besprochen⁴¹. Daher werden im folgenden die Argumente der Historischen Schule aufgegriffen, um zu versuchen, damit das Verständnis für die gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Transformation zu vertiefen und einer Antwort auf die Frage nach dem Gegenstand einer volkswirtschaftlichen Untersuchung der Transformation näherzukommen.

In der Historischen Schule wurde die "Expansion des modernen Kapitalismus", die Ausbreitung des "kapitalistischen Geistes"⁴², als einzigartige, nur dem "Okzident eigentümliche" Entwicklung gedeutet, die durch ein unaufhaltsames Eindringen der "Rechenhaftigkeit" in das Zusammenleben der Menschen gekennzeichnet ist. Dadurch sind die "Gemeinschaften ... der subjektiv gefühlten Zusammengehörigkeit" durch "Gesellschaften ... des (rational) motivierten Interessenausgleichs (ersetzt worden)"⁴³. "Der (Arche-)Typus alles rationalen Gesellschaftshandelns (ist) die Vergesellschaftung durch Tausch auf dem Markt. ... (Der Tausch auf dem Markt) ist die unpersönlichste praktische Lebensbeziehung, in welche Menschen miteinander treten können. Wo der Markt seiner Eigengesetzlichkeit überlassen ist, kennt er nur Ansehen der Sache, kein Ansehen der Person, keine Brüderlichkeits- und Pietätspflichten, keine der urwüchsigen, von den persönlichen Gemeinschaften getragenen menschlichen Beziehungen" (Max Weber)⁴⁴.

Die maßgebliche Bedingung für die Ausbreitung des "modernen Kapitalismus" war in der Anschauung der Historischen Schule die Durchsetzung der "reinen Geldwirtschaft": "Die Geldwirtschaft ergibt einerseits die objektive Berechenbarkeit der individuellen Erwerbsleistungen ... und eröffnet ... nach der anderen Seite - durch die Entfaltung des geldvermittelten 'individuellen Tauschs' - überhaupt erst die Möglichkeit, individuelle Bedürfnisse frei zu befriedigen"⁴⁵. Dieses Argument unterstreicht für die "Transformation" die Bedeutung "berechenbarer" Rahmenbedingungen für das Erlernen und das Zustandekommen "rechenhafter" Handlungen. Dadurch ist ein Gestaltungsauftrag an den "Staat" gerichtet: "Der moderne Kapitalismus ... muß (auf die) Berechenbarkeit des Funktionierens der staatlichen Ordnung, welche die rationalen Regeln der modernen bürokratischen Verwaltung darbieten, ... zählen können". Allein in diesem "rationalen Staat ... (kann) der moderne Kapitalismus gedeihen" (Max Weber)⁴⁶.

41 Brandt, Karl (1989), Entwicklungslinien der deutschen Volkswirtschaftslehre in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 206. Jg. (1989), Nr. 4/5, S. 295-306.

42 vgl. Weber, Max (1905; 1920, 1981⁶), Die protestantische Ethik, hrsg. von Winckelmann, Johannes, Gütersloh, 1981, S. 27 und 58.

43 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 13 und 21.

44 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 382-383.

45 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 227-229 und 378-379.

46 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 643 und 815.

Die beiden Argumente der Historischen Schule, die "Rechenhaftigkeit" der sozialen Beziehungen und die "Berechenbarkeit" der Rahmenbedingungen für die einzelwirtschaftlichen Handlungen, beleuchten eine Wechselbeziehung: "Der Kapitalismus (schafft) ... einen Bedarf nach stetiger, straffer, intensiver und kalkulierbarer Verwaltung" (Max Weber)⁴⁷, d.h. durch die Ausbreitung von "rechenhaften" Beziehungen wird ein Bedarf nach "rechenbaren" Rahmenbedingungen im politischen Prozeß artikuliert. Gleichzeitig ist klaggestellt, daß durch die Bereitstellung der "richtigen" Rahmenbedingungen die Ausbreitung von "kapitalistischen" Verhaltensweisen unterstützt wird. Für die Transformation bedeutet diese Wechselbeziehung: Durch den Zerfall des "totalen" Staates können Freiräume für die Ausbreitung "rechenhafter" Handlungen "spontan" entstehen; da aber, wenn macht begründete Vorteile ausgenutzt werden, die "spontanen" Lösungen mit den "Regeln der Gerechtigkeit" im Widerspruch stehen, wird zugleich ein Auftrag an den Staat gerichtet, Rahmenbedingungen bereitzustellen, die die Beachtung der "Regeln der Gerechtigkeit" erzwingen⁴⁸. Diese Feststellungen sind bedeutsam, wenn der "Kapitalismus" in Mittel- und Osteuropa auf unterschiedliche "kulturelle" Dimensionen trifft, die durch die Prägung der Menschen durch unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen bestimmt sind, und daher für die Transformation unterschiedliche gesellschafts-politische Herausforderungen aufwerfen⁴⁹.

In der Historischen Schule wurde der "moderne Kapitalismus" als eine spezifische Lebensform interpretiert, deren Ausbreitung in "rationalen" Staaten das Ergebnis einer nur dem Abendland eigentümlichen Entwicklung darstellt. Gegenwärtig ist festzustellen, daß die politischen Führungen im westlichen Mittel- und Osteuropa die Zugehörigkeit ihrer Nationen zum "Westen" nachdrücklich herausstellen, in den östlich gelegenen Staaten aber die Forderungen nach einer "eigenen Rolle" größeren Anklang findet. Diese Spaltung im vormaligen "Ostblock" erinnert an die alte Frage nach den Grenzen des "Okzident" und beleuchtet die unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen", die im "Osten", in Ost- und Südosteuropa, zur Prägung unterschiedlicher Verhaltensweisen durch Tradition geführt haben⁵⁰. "Wir (müssen) in Osteuropa zwei in sich homogene und gegeneinander separierte Gebiete (unterscheiden): ... das (orthodoxe) Osteuropa, zu dem außer Rußland ... Rumänien, Bulgarien und Serbien gehören, und jener mittelosteuropäische Streifen, in dem sich der Einfluß des westlichen Christentums widerspiegelt, vom Baltikum über Polen und Ungarn bis nach Kroatien (György Konrád)"⁵¹.

In Mittelosteuropa war der historische Prozeß, der im "Westen" im Anschluß an die große "Doppel-Revolution" der Moderne (Jacob Burckhardt), die Industrielle Revolution in England und die politische Revolution in Frankreich, der Verinner-

⁴⁷ Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 129.

⁴⁸ vgl. Brzeski, Andrzej (1992), Post-Communism From a Neo-Institutionalist Perspective, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, vol. 148 (1992), Nr. 1, S. 195-200, hier: S. 197.

⁴⁹ vgl. Kammler, Hans (1990), Interdependenz der Ordnungen: Zur Erklärung der osteuropäischen Revolutionen von 1989, in: Ordo, Band 41 (1990), S. 45-59.

⁵⁰ zur "Macht der Tradition" im "sozialen Wandel" vgl. Ogburn, William Fielding (1922; 1966), Social Change: With Respect to Culture and Original Nature, New York, 1966, S. 170-173.

lichung der aufgeklärten Bürgerlichen Gesellschaft in den Werthaltungen der Menschen die Bahn gebrochen hat⁵², durch die marxistisch-leninistischen Machtergreifungen am Ende des Zweiten Weltkrieges unterbrochen worden⁵³. Im "orthodoxen" Ost- und Südosteuropa war dagegen in den vergangenen Jahrhunderten unter dem Druck der "turko-tatarischen Expansion", im Kampf gegen die Eroberer der Goldenen Horde, die Herausbildung militärisch-zentralistischer "Gemeinschaften" erzwungen worden, die der Bürgerlichen Gesellschaft den Weg in den "Osten" verstellt haben⁵⁴. Die Adaption der "asiatischen Produktionsweise", anstatt der "Vergesellschaftung" von immer mehr Lebensbereichen durch den "Markt", hat Niederschlag gefunden in der Gleichartigkeit der Herrschaftsmuster, die zwischen orientalisches-despotischen Ordnungen und der sowjetischen Diktatur festzustellen ist⁵⁵. "Es ist nicht sehr aussichtsreich, (dort) ... die rationale Staatsverwaltung zu suchen" (Alexander Jakimowitsch)⁵⁶.

Die Grenze zwischen den "zwei" Osteuropa markiert eine Scheidelinie zwischen unterschiedlichen "Kulturen", deren Wahrnehmung für die Konkretisierung der politischen Gestaltungsaufgaben der "Transformation" bedeutsam sein kann. Die Kategorien "Gemeinschaft" und "Gesellschaft" (Ferdinand Tönnies)⁵⁷, die von der Historischen Schule in das Denken der Volkswirtschaftslehre eingeführt wurden, können herangezogen werden, um den Unterschied in den durch Tradition "gewachsenen" Rahmenbedingungen zwischen dem westlichen und dem östlichen "Osteuropa" genauer herauszustellen. In den mittelosteuropäischen Staaten kann die Aufrichtung von "Demokratie" und "Marktwirtschaft" an geschichtliche Erfahrungen anknüpfen, die in der Tradition der Menschen die "Kultur" der "rechenhaften Gesellschaft" geprägt und in der Erinnerung die Zugehörigkeit zum "Westen" verankert haben. Im "Osten" dagegen würde der "Kapitalismus" für viele Menschen weitgehend eine neue Erfahrung, eine bislang nicht vertraute Lebensform, darstellen, denn dort hatte die marxistisch-leninistische Idee, die "Freiheit" des Menschen in einer ausdrücklich nicht-rechenhaften "Gemeinschaft" zu verwirklichen, zu einer quasi-feudalen Herrschaftsform mit "ständisch privilegierender Bedarfsdeckung" geführt, in der "... die 'Genossen' zu 'Untertanen' (wurden)" (Max Weber)⁵⁸.

-
- 51 Konrád, György / Szelényi, Iván (1978), *Az értelmiség útja az osztályhatalomhoz*, Wien, 1978, dt. Ü. von: Paetzke, Hans-Henning (1978), *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt am Main, 1978, S. 142.
- 52 vgl. Weede, Erich (1988), *Der Sonderweg des Westens*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 17. Jg. (1988), Nr. 3, S. 172-186.
- 53 vgl. Rothschild, Joseph (1989), *Return to Diversity: A Political History of East Central Europe Since World War II*, New York / Oxford, 1989, S. 79-124.
- 54 vgl. Kappeler, Andreas (1992), *Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung-Geschichte-Zerfall*, München, 1992, S. 25-36 und 53-56. - "Die Eroberer der Goldenen Horde (haben den Russen) ... weder Algebra noch Aristoteles" gebracht (Alexander Pushkin).
- 55 vgl. Wittfogel, Karl A. (1957, 1967⁶), *Oriental Despotism - A Comparative Study of Total Power*, New Haven and London, 1967, S. 375.
- 56 Jakimowitsch, Alexander (1992), *Die große Unordnung im Osten*, in: *Die Zeit*, 49. Jg. (1992), 11. 12. 1992, Nr. 51, S. 55-56.
- 57 Tönnies, Ferdinand (1887, 1935⁸/1979), *Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Darmstadt, 1979, S. 9 und 44.
- 58 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 130-140, hier: S. 133 und 137.

Daher kann die Durchsetzung der "Rechenhaftigkeit", die "Modernisierung" der sozialen Beziehungen, an die Lernfähigkeit und die Lernbereitschaft der Menschen im westlichen und im östlichen "Osteuropa" ganz ungleiche Anforderungen stellen. Die Bereitstellung "berechenbarer" Rahmenbedingungen durch den Staat erfüllt nur eine notwendige Bedingung für die Ausbreitung des "Kapitalismus", die hinreichende Bedingung stellt auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen ab, die neuen Handlungsspielräume durch "rechenhafte" Handlungen tatsächlich auszufüllen. Aber die plötzliche Ausbreitung der "rechenhaften" Marktgesellschaft erzwingt die "rationale" Zerstörung vertrauter "Gemeinschaften", die in der Unterdrückung gewachsen sind, so daß der Augenblick der unerwarteten Befreiung, die Entlassung der Untertanen in die Mündigkeit, zugleich als Bedrohung empfunden werden kann. Dieses Reaktionsmuster kann im "orthodoxen" Ost und Südosteuropa nachhaltiger auftreten, weil dort die Ausbreitung des "Kapitalismus" nicht den Wiederaufbau von Zerstörtem bedeutet, sondern natürliches Mißtrauen gegen das Unbekannte hervorbringen kann. "Dort, wo die Ideologie war, klafft eine schwarze Lücke" (Fasil Iskander)⁵⁹.

Das "gewaltige Vakuum" (Gilles Kepel)⁶⁰, das durch den plötzlichen Sturz der Ideologie in Mittel- und Osteuropa entstanden ist, birgt die Gefahr, daß die entlassenen Untertanen, die sich der neuen "Freiheit" ausgeliefert sehen, in neuen "Gemeinschaften" Zuflucht suchen. Die "absurde Angst vor der Freiheit" (Václav Havel)⁶¹, die sich der Verwirklichung der Bürgerlichen Gesellschaft entgegenstellt, kann im politischen Prozeß zur Beschwörung von "ethno-kulturellen Wir-Gefühlen" (Karl Otto Hondrich)⁶² genutzt werden, um die neue Ordnung wieder zu Fall zu bringen. Diese Gefahr ist im gesamten vormaligen "Ostblock" real, denn in allen Staaten haben post-kommunistische und nationalistische Gruppen harmonisch zusammengefunden. Diese Beobachtung erinnert an einen alten Gedanken: "Daher kann ein Publikum nur langsam zur Aufklärung gelangen. Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und ... herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals eine wahre Reform der Denkart zu Stande kommen; sondern neue Vorurteile werden, eben sowohl als die alten, zum Leitbande des gedankenlosen großen Haufens dienen" (Immanuel Kant)⁶³.

Die vorstehenden Überlegungen über die "kulturgeschichtlichen" Dimensionen der "sanften Revolution" in Mittel- und Osteuropa zeigen, daß, bedingt durch eine

⁵⁹ Iskander, Fasil (1990), ЧЕЛОВЕК ИДЕОЛОГИЗИРОВАННЫЙ (Der ideologisierte Mensch), in: Ogonek, 1990, Nr. 11, S. 8-11.

⁶⁰ Kepel, Gilles (1991²), Die Rache Gottes: Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch, München und Zürich, 1991, S. 80.

⁶¹ Havel, Václav (1990b), Die absurde Angst vor der Freiheit, Wortlaut der Festrede des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Salzburger Festspiele 1990, zit. in: Süddeutsche Zeitung, 46. Jg. (1990), 27. 7. 1990, Nr. 171, S. 35.

⁶² Hondrich, Karl Otto (1992), Wovon wir nichts wissen wollten, in: Die Zeit, 47. Jg. (1992), Nr. 40, 25. 9. 1992, S. 68.

⁶³ Kant, Immanuel (1784; 1956-1964, 1982⁴), Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, Königsberg in Preußen, den 30. September 1784, in: Immanuel Kant, Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1, Werksausgabe, Band XI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt am Main, 1982, S. 51-61, hier: S. 54-55.

allgemeine Interdependenz zwischen "Gesellschaft" und "Wirtschaft"⁶⁴, die Grenzen des gewählten Erkenntnisgegenstandes, "Transformation" der Wirtschaftsordnung, über den Rahmen hinausreichen, der durch das "einfache Markt-Paradigma" gesetzt ist⁶⁵. In der "theoretischen Nationalökonomie" wird das Verhalten des Menschen untersucht, das unter den gesetzten Bedingungen des "Marktes" in "rationalen" Entscheidungen zustandekommt. Im Ablauf der "Transformation" aber, im Umsturz der Rahmenbedingungen, kann der Aufbau der neuen Ordnung, die dem Gesellschaftsvertrag über die "sanfte Revolution" zugrundegelegt ist, durch das Problem der "Irrationalität" zum Scheitern gebracht werden⁶⁶. "Die uralte (westliche) Tradition wurde unglücklicherweise in vielen Ländern durch den Kommunismus zerstört, zusammen mit dem freien Markt. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, in aller Eile diese Tradition ... wieder aufzubauen" (Karl Raimund Popper)⁶⁷.

Das Dilemma der "sanften Revolution", die große Un-Ordnung im Übergang, konkretisiert die gesellschaftspolitische Herausforderung der "Transformation" auf die Aufgabe, schnellstmöglich "berechenbare" Rahmenbedingungen für das Zustandekommen "rechenhafter" Handlungen herzustellen. Die Bereitschaft der Menschen, die Normen der "Rechenhaftigkeit" anzunehmen, wird unterstützt, wenn die Rahmenbedingungen, die durch den Staat neu gesetzt werden, "spontane" Handlungen unterbinden, die dem einzelnen einen Vorteil nur zu Lasten anderer, im Widerspruch zu den "Regeln der Gerechtigkeit" (Adam Smith), verschaffen. Die vorstehenden Ausführungen haben versucht ins Bewußtsein zu rücken, daß die Grenzen des Erkenntnisgegenstandes durch die Gesamtheit der traditionell "gewachsenen" und der formal "gesetzten" Regeln, die den Rahmen für das Wirtschaften des Menschen bestimmen, abgesteckt sind. Das Erkenntnisziel der anstehenden Untersuchung, die Kernfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die durch die "Transformation" aufgeworfen werden, zu konkretisieren, erfordert ein Verfahren, das die Erkenntnis der "richtigen" Rahmenbedingungen für das Wirtschaften der Menschen ermöglicht, um aus einer Gegenüberstellung der vorgefundenen Wirklichkeit den konkreten Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik der "Transformation" zu begründen.

64 vgl. Leipold, Helmut (1975, 1988⁵), Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart, 1985, S. 10; Schönwitz, Dietrich / Weber, Hans-Jürgen (1983), Wirtschaftsordnung - Eine Einführung in Theorie und Politik, München u.a. 1983, S. 6-7.

65 vgl. Nove, Alec (1992), Soviet reforms and western neo-classical economics, in: Kovács, János Mátyás / Tardos, Márton (ed.), Reform and Transformation in Eastern Europe, London and New York, 1992, S. 103-119, hier: , S. 113.

66 vgl. Sica, Alan (1988), Weber, Irrationality and Social Order, Berkeley and Los Angeles, 1988, S. 4 und 10.- Zum Problem der Irrationalität in der ökonomischen Theorie vgl. Becker, Gary S. (1976), The Economic Approach to Human Behavior, Chicago / London, 1976, S. 153-168.

67 Popper, Sir Karl Raimund (1945; 1962, 1966⁵/1971), The Open Society and its Enemies, vol. I, vol. II, Princeton, 1971; dt. Ü. (1957, 1992⁷), Band I, Band II, Vorwort zur siebenten deutschen Auflage 1992, Tübingen, 1992, S. XI.

1.3 Die Kategorien "Ordnung" und "Ablauf": Eine Entscheidung über das Erkenntnisverfahren der Untersuchung

Mit einer Konkretisierung der "zwei Hauptprobleme" der Volkswirtschaftslehre war die deutsche ordo-liberale Schule zwischen die herrschenden Lehrmeinungen getreten, um aus einer "Kritik des 'Dualismus' von theoretischer und historischer Nationalökonomie" ein "vollständiges und sicheres Verfahren" für eine "wissenschaftliche Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit" zu entwickeln⁶⁸. Das Erkenntnisziel der anstehenden Untersuchung, die Konkretisierung der ordnungspolitischen Kernfragen der "Transformation", begründet den nun folgenden Versuch, den ordo-liberalen Gedankengang nachzuzeichnen, um die Übertragbarkeit der "richtigen", nationalökonomischen Fragestellungen⁶⁹, die mit diesem Verfahren festgestellt wurden, auf die "wirtschaftliche Wirklichkeit" in Mittel- und Osteuropa zu prüfen.

Das ordo-liberale Anliegen hat nicht an Aktualität eingebüßt, denn in der Gegenwart wird, wie zu allen Zeiten, beklagt, daß die Erkenntnisse der "Theorie" der "Praxis" nicht nützen würden, um das Problem der "Transformation" zu bewältigen: "Der Stachel konkreter Probleme und die Wucht geschichtlicher Tatsachen werden von vielen Theoretikern nicht mehr empfunden. ... Die Tendenz des reinen Denkens, sich vom konkreten Gegenstande zu entfernen, macht sich heute stark bemerkbar; die Sorglosigkeit, mit der geschichtliche Tatbestände ignoriert und den Historikern überlassen werden, ist nicht selten erstaunlich. Hier liegt einer der Gründe, warum die nationalökonomische Theorie in der Erklärung der aktuellen konkreten Probleme nicht das leistet, was sie leisten sollte, und warum dem Anschwollen der theoretischen Literatur der Ertrag nicht entspricht" (Walter Eucken)⁷⁰.

1.3.1 Die "zwei Hauptprobleme der Nationalökonomie"

Eine Herausarbeitung der beiden "Hauptprobleme der Nationalökonomie" aus der Kritik an den "vorhandenen Gedankenrichtungen" steht am Beginn des ordo-liberalen Ansatzes, durch deren Lösung die Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen angestrebt wird. Das "eine Hauptproblem" wird aus der Anschauung des Wirtschaftsprozesses gefolgert und stellt die Frage nach der "Lenkung dieses gewaltigen arbeitsteiligen Gesamtzusammenhanges", ohne deren Kenntnis es nicht möglich ist, "den wirtschaftlichen Alltag im einzelnen zu verstehen"⁷¹. Dieses erste "Hauptproblem" würde zwiespältig aufgeworfen, als individuell-historisches und als allgemein-theoretisches Problem. Da "alles menschliche Tun Geschichte ist", könnte die Frage nach den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags nicht losgelöst von der geschichtlichen Umgebung behandelt werden⁷².

⁶⁸ Eucken, Walter (1939, 1989⁹), Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin u.a., 1989, S. 34 und 67.

⁶⁹ Eucken (1939, 1989⁹), S. 224.

⁷⁰ Eucken (1939, 1989⁹), S. 34.

⁷¹ Eucken (1939, 1989⁹), S. 2 und 6.

⁷² Eucken (1939, 1989⁹), S. 15-17.

Die Erkenntnis dieses wirtschaftlichen Gesamtzusammenhanges "... ist aber der unmittelbaren Anschauung der heutigen Wirklichkeit nicht möglich"⁷³. Deshalb "muß zu ihrer Erkenntnis die Kraft des Denkens mobilisiert werden, was nur durch allgemeine Fragestellung geschehen kann. ... Vielleicht gelingt es so, ... theoretische Sätze zu erarbeiten, welche die Erkenntnis konkreter Zusammenhänge vorbereiten"⁷⁴. Damit würde die Volkswirtschaftslehre auf die "große Antinomie" gestoßen, die dem Erkenntnisbemühen den Zugang zum wirtschaftlichen Ablauf verschließen. "Die Spannung, welche diese Antinomie in sich schließt, muß in ihrer ganzen Schärfe begriffen werden: Der geschichtliche Charakter des Problems verlangt ... Einfühlung in individuelles Leben; - der allgemein-theoretische Charakter indessen fordert ... rationales Denken ... Wie soll beides ... zu faktischem Zusammenwirken gebracht werden?"⁷⁵.

Eine Überwindung der "großen Antinomie" erstrebt die ordo-liberale Schule durch eine Lösung für das "andere Hauptproblem" der Volkswirtschaftslehre, das durch den Begriff der "Wirtschaftsordnung" konkretisiert wird. Die Lösung für das zweite Hauptproblem beginnt mit der Feststellung, daß "der Wirtschaftsprozess stets und überall innerhalb gewisser Formen, also innerhalb einer geschichtlich gegebenen Wirtschaftsordnung (sich vollzieht)"⁷⁶. Also "(besteht) die Wirtschaftsordnung eines Landes in der Gesamtheit der jeweils realisierten Formen, in denen der Wirtschaftsprozess alltäglich abläuft. Dies ist die Definition"⁷⁷. "Die ... (konkreten) Ordnungen mögen schlecht sein; aber ohne Ordnung ist überhaupt ein Wirtschaften undurchführbar. ... Da der jeweilige alltägliche Wirtschaftshergang je nach der Gestalt der vorhandenen Wirtschaftsordnung verschieden abläuft, ist die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen (in ihrem Aufbau) ... der erste Schritt zur Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit"⁷⁸.

Eine "durchdringende Anschauung (der) Tatsachen der Gegenwart (und der) Vergangenheit ... stößt (zunächst) auf die Feststellung", daß "der Leiter eines jeden Wirtschaftsgebildes jeweils auf Grund eines Wirtschaftsplanes (handelt)". Mit der Frage nach dem einzelnen Plan und seinem Zustandekommen "gelingt es ..., die beiden reinen konstitutiven Grundformen, aus denen alle historischen Wirtschaftsgebilde gebaut sind, genau zu erfassen: Das idealtypische Wirtschaftssystem der verkehrswirtschaftlichen 'Zentralgeleiteten Wirtschaft' und das Wirtschaftssystem der 'Verkehrswirtschaft'. Im Unterschied zur "Zentralgeleiteten Wirtschaft", in der die Lenkung des wirtschaftlichen Ablaufs durch einen Plan erfolgt, setzt sich das Wirtschaftssystem der "Verkehrswirtschaft" aus vielen Planträgern zusammen, so daß der Wirtschaftsprozess in dieser Ordnung dezentral gesteuert wird. "Spuren anderer Systeme ... lassen sich nicht finden"⁷⁹.

⁷³ Eucken (1939, 1989⁹), S. 18.

⁷⁴ Eucken (1939, 1989⁹), S. 20

⁷⁵ Eucken (1939, 1989⁹), S. 21-22.

⁷⁶ Eucken (1939, 1989⁹), S. 50.

⁷⁷ Eucken (1939, 1989⁹), S. 51 und ders. (1952, 1975⁵), S. 23.

⁷⁸ Eucken (1939, 1989⁹), S. 58.

⁷⁹ Eucken (1939, 1989⁹), S. 78 und 79.

Zugleich "führt" diese "Anschauung der geschichtlichen Tatbestände ... zur Entdeckung gewisser reiner (Ordnungsformen) des Wirtschaftens in übersehbarer Zahl", die in den konkreten Wirtschaftsordnungen in verschiedenartiger Zusammensetzung auftreten⁸⁰. Das idealtypische Wirtschaftssystem der "Zentralgeleiteten Wirtschaft" ist überwiegend in der Ordnungsform der "Zentralverwaltungswirtschaft" anzutreffen, meist mit Elementen der "Verkehrswirtschaft" verschmolzen⁸¹. Im idealtypischen Wirtschaftssystem der "Verkehrswirtschaft" stehen Betriebe und Haushalte in Tauschbeziehungen, "aber ... die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die Art, wie die Einzelwirtschaften anbieten und nachfragen, wie sie also aufeinander angewiesen sind, höchst verschiedenartig war und ist". Die Verschiedenartigkeit wird auf zwei "große Problemkomplexe", auf unterschiedliche "Marktformen", die durch den Grad der Marktmacht auf den Marktseiten bestimmt sind, und auf unterschiedlich mögliche "Formen der Geldwirtschaft" zurückgeführt⁸².

Die "reinen Ordnungsformen" erfüllen im ordo-liberalen Erkenntnisverfahren zwei Funktionen. Erstens: Ihre Kenntnis ermöglicht die Erkenntnis einer konkreten Ordnung in ihrem Gefüge, "... in ihren dominierenden Formelementen"⁸³. Zweitens: Sie werden als "Modelle" benutzt, um theoretische Sätze zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Ablaufs in diesen "reinen Ordnungsformen" zu erarbeiten⁸⁴. An dieser Stelle berühren sich die ordo-liberale Methode und die "reine" Markt-wirtschaftslehre, denn "(die) Konstanz des wirtschaftlichen Planens und Handelns, die in allen Zeiten und in allen Völkern nach dem wirtschaftlichen Prinzip erfolgen, erlaubt und erfordert die Konstruktion und die Anwendung eines einzigen theoretischen Apparats"⁸⁵. Aber die "Mannigfaltigkeit des menschlichen Verhaltens ... zwingt dazu, diesen Apparat an verschiedenen Stellen auszubauen", um traditionelle Einstellungen und Haltungen im Aufbau einer konkreten Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen⁸⁶.

Ein erstes Ergebnis: Die Auffindung der konkreten Wirtschaftsordnung, die Lösung für das "zweite Hauptproblem", ist im ordo-liberalen Erkenntnisverfahren die notwendige Voraussetzung, um das "erste Hauptproblem", die Erkenntnis des Wirtschaftsablaufs, zu bewältigen⁸⁷. Für das vorstehende Erkenntnisziel, Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Kernfragen der "Transformation", eignen sich die Erkenntniskategorien "Ordnung" und "Ablauf" in sinngemäßer Anwendung aus zwei Gründen. Erstens: Die Kategorie "Ordnung" kann herangezogen werden, um das Ziel der "Transformation", den festen Punkt zur Ableitung wirtschaftspolitischer Handlungsbedarfe, zu konkretisieren. Die Kategorie "Ablauf" kann herangezogen werden, um wirtschaftspolitische Probleme, die im Fortgang der "Transformation", im Wandel der Ordnungsformen, auftreten, zu erklären. Diese Erklärung ist eine Voraussetzung, um die Stelle, an der eine Störung der "Transformation" auftritt, zu identifizieren.

⁸⁰ Eucken (1939, 1989⁹), S. 69 und 77.

⁸¹ Eucken (1939, 1989⁹), S. 80.

⁸² Eucken (1939, 1989⁹), S. 87 und 90-91.

⁸³ Eucken (1939, 1989⁹), S. 171 und 177.

⁸⁴ Eucken (1939, 1989⁹), S. 172.

⁸⁵ Eucken (1939, 1989⁹), S. 222 und 225.

⁸⁶ Eucken (1939, 1989⁹), S. 213 und 220.

Die Konkretisierung der ordnungspolitischen Zielsetzung der "Transformation", Aufrichtung von "Demokratie" und "Marktwirtschaft", führt nun, nachdem die "richtigen" Fragen gestellt sind, zu dem anderen großen Vorhaben der ordo-liberalen Schule, die Suche nach der "richtigen" Ordnung, "welche - anders als die gegebenen Ordnungen - der Vernunft oder der Natur des Menschen und der Dinge entspricht"⁸⁸.

1.3.2 Die ordo-liberale Basisentscheidung für die Wettbewerbsordnung

Die Erkenntnis der konkreten Wirtschaftsordnungen und der Prozesse, die sich in ihnen vollziehen, besitzt im ordo-liberalen Konzept " ... nicht nur ihren großen Selbstzweck. 'Ordnung' hat noch einen anderen Sinn: ... Ordnung als Ordo. Beide Begriffe sind unentbehrlich. ... Der Mensch will wissen, wie die konkreten Ordnungen sind, und er sucht eine bessere Ordnung"⁸⁹. Die Suche nach der "besseren" Ordnung setzt aber die "wissenschaftliche Durchleuchtung" der konkreten "Wirtschaftsordnungen" voraus. Die Frage nach einer "besseren" Ordnung nimmt die bekundeten Zielsetzungen der "sanften Revolution" in Mittel- und Osteuropa vorweg, denn, "... vor allem zu Zeiten versagender oder ungerechter positiver Ordnungen gewinnt diese Idee ... des Ordo regelmäßig eine große Kraft"⁹⁰.

Den Ordo-Gedanken entlehnt die ordo-liberale Schule dem Naturrechtskonzept der Europäischen Aufklärung, das den "positiven Ordnungen", die den Menschen beherrschen, eine "natürliche Ordnung" der persönlichen Freiheit entgegengesetzt: "Mais la première loi positive ... est l'institution de l'instruction publique et privée des lois de l'ordre naturel, qui est la règle souveraine de toute législation humaine et de toute conduite civile, politique et sociale"⁹¹. Diese Kategorien, "positive Ordnung" und "natürliche Ordnung", werden in der Naturrechtslehre herangezogen, um die Herstellung der "natürlichen Ordnung" als den obersten Gestaltungsauftrag des Staates zu begründen: "Le Gouvernement économique ouvre les sources des richesses; ... Ses vûes embrassent tous les principes essentiels d'un Gouvernement parfait, (qui) ... soutient ... le bon ordre" (Francois Quesnay)⁹².

Ausgangspunkt der Suche nach der "besseren" Ordnung ist im ordo-liberalen Konzept das "Lenkungsproblem", der "Drehpunkt des Ganzen"⁹³. Das Lenkungsproblem stellt die Frage, wie in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft ein wirtschaftlicher Einsatz der Produktionsmittel und eine "sinnvolle" Verteilung der Ergebnisse sicher-

87 Eucken (1939, 1989⁹), S. 124 und 177.

88 Eucken (1939, 1989⁹), S. 239.

89 Eucken (1939, 1989⁹), S. 239.

90 Eucken (1939, 1989⁹), S. 239.

91 Quesnay, François (1765; 1768), *Le Droit Naturel*, in: Du Pont de Nemours, Pierre Samuel (Hrsg.), *Physiokratie, ou Constitution Naturelle du Gouvernement le plus avantageux au genre humain*, Tome I, Yverdon, 1768, S. 1-30, hier: S. 1 und 26, wiederabgedruckt in: Oncken, August (1888; 1965), *Oeuvres économiques et philosophiques*, Aalen, 1965, S. 359-377, hier: S. 359 und 375.

92 "Die Wirtschaftspolitik erschließt die Quellen der Reichtümer; ... Ihre Erwägungen umfassen alle Grundsätze, die bestimmend sind für eine vollkommene Regierungsform, ... welche der Garant ist für die gute Ordnung"; Quesnay, François (1758; 1768), *Analyse du Tableau Économique*, in: Du Pont de Nemours, Pierre Samuel (Hrsg.), *Physiokratie, ou Constitution Naturelle du Gouvernement le plus avantageux au genre humain*, Tome I, S. 35-78, hier: (Originale Textstelle erscheint nicht in der Herausgabe von Du Pont), übersetzt und neu hrsg. von: Kuczynski, Marguerite (1758, 1759³/1965), *Tableau Économique*, S. 22, dt. Ü. (1965), Berlin, 1965, S. 78.

93 Eucken, Walter (1952, 1975⁵), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen, 1975,

gestellt werden können⁹⁴. Da in der modernen Welt "... eine vollständige Interdependenz und Einheit des Wirtschaftsprozesses besteht, ... kann der einzelne Mensch nur noch Teilstücke des Wirtschaftsprozesses überblicken"⁹⁵. Durch eine "sinnvolle" Ordnung der Wirtschaft kann für den wirtschaftenden Menschen die Zahl der entscheidungswichtigen Daten vermindert und das Transparenzproblem des einzelnen minimiert werden. Daher stellt sich das Lenkungsproblem in der modernen Volkswirtschaft als Ordnungsproblem. Deshalb "... (laufen) alle wirtschaftspolitischen Fragen auf die Frage nach einer (funktionsfähigen Wirtschaftsordnung) hinaus und haben nur in diesem Rahmen einen Sinn"⁹⁶.

Die Suche nach der "richtigen" Lenkung des Wirtschaftsprozesses und das Problem der persönlichen Freiheit des Menschen sind eng verknüpft: Die Frage, wie die natürliche Freiheit des Menschen in der modernen Gesellschaft verwirklicht werden kann, "... führt wiederum auf das wirtschaftliche Ordnungsproblem. Denn je nach der Wirtschaftsordnung - also je nach der Art der Wirtschaftslenkung - sind Freiheitssphäre und Selbstbestimmungsrecht des Menschen verschieden. Ob zentrale Planstellen den Wirtschaftsprozess lenken oder ob private oder halbstaatliche Machtkörper oder ob viele Haushalte und Betriebe auf Grund eigener Pläne handeln, ist für den Umfang der freien Sphäre, in welcher der Mensch alltäglich lebt, wesentlich. Die moderne Freiheitsfrage hängt mit der Lenkung des modernen Wirtschaftsprozesses, mit der Frage der Wirtschaftsordnung aufs engste zusammen. ... Ist aber überhaupt Freiheit mit Ordnung vereinbar? - Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. ... Alles spitzt sich auf die Frage zu: Welche Ordnungsformen gewähren Freiheit?"⁹⁷.

Die moderne Freiheitsfrage hat historisch im Anschluß an die Große "Doppel-Revolution" in Europa, die Industrielle Revolution und die Französische Revolution, eine erste Antwort gefunden: "Auf Grund der Entdeckung, daß der Wettbewerb ein höchst leistungsfähiges regulatives Prinzip ist, hatte die klassische Nationalökonomie ... Ordnungsgrundsätze entwickelt, welche eine funktionsfähige Ordnung der ganzen Wirtschaft (zustande bringen sollten): Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerb"⁹⁸. Die Verwirklichung dieser Grundsätze, so das klassische Konzept, würde "... eine natürliche Ordnung der vollkommenen Freiheit und Gerechtigkeit (schaffen)" (Adam Smith)⁹⁹. "Die faktischen Wirtschaftsordnungen aber, die sich auf dieser wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundlage erhoben, entfernten sich immer mehr von den Grundsätzen der Wirtschaftsverfassungen. ... Die Vertragsfreiheit wurde dazu verwandt, ... um die Marktformen zu ändern und Machtgebilde zu

94 Eucken (1952, 1975⁵), S. 6.

95 Eucken (1952, 1975⁵), S. 6 und 156.

96 Eucken (1952, 1975⁵), S. 11.

97 Eucken (1952, 1975⁵), S. 179.

98 Eucken (1939, 1989⁹), S. 52.

99 Smith, Adam (1776; 1811-1812/1963), *The Works of Adam Smith*, vol. 3, *The Nature and the Causes of the Wealth of Nations*, S. 427, dt. Ü. (1776-1778; 1974), *Der Wohlstand der Nationen*, von: Recktenwald, Horst Claus, München, 1974, S. 509.

schaffen. Das 'einfache System der natürlichen Freiheit' verwirklichte wider Erwarten nicht die Wettbewerbsordnung"¹⁰⁰.

"Der Wirtschaftspolitik des laissez-faire lag ein großer Gedanke zugrunde. Freiheit sollte gegeben werden, damit sich die natürliche, gottgewollte Ordnung entwickelt. ... (Aber) es erwies sich, daß die Gewährung von Freiheit eine Gefahr für die Freiheit werden kann, wenn sie die Bildung privater Macht ermöglicht"¹⁰¹. An diese Erfahrung ist zu erinnern, wenn in der Gegenwart in Mittel- und Osteuropa das klassische Konzept der "Marktwirtschaft" aufgegriffen wird, um die "Freiheit" zu verwirklichen. Die klassische Wirtschaftspolitik "... läßt den Kampf um die Ordnungsformen frei - wenn er nur gewissen Prinzipien des Rechts entspricht"¹⁰². Dadurch entsteht aber die Gefahr, daß sich "gleichgewichtlose Marktformen und Geldordnungen" bilden, die die "Tendenz" auslösen, "... daß staatliche Stellen zentral leitend in den Wirtschaftsprozeß eingreifen. ... Die Durchführung des Prinzips des Laissez-faire löst insoweit die Tendenz zu seiner Aufhebung aus"¹⁰³.

Das "Problem der wirtschaftlichen Macht"¹⁰⁴, das aus dem Prinzip des Laissez-faire entstehen kann, verknüpft die moderne Freiheitsfrage mit dem wirtschaftlichen Ordnungsproblem. Der "liberale" Rechtsstaat schützt den Bürger gegen die Bedrohung durch andere Bürger und gegen die Zwangsgewalt des Staates. "Träger privater Macht aber sind imstande, garantierte Freiheitsrechte anderer zu beseitigen"¹⁰⁵. Wirtschaftliche Macht kann "eine dreifache Bedrohung der Freiheit" bewirken: Durch die private Macht der Markt-Gegenseite, durch einen Zwang für den einzelnen, auf der Markt-Diesseite den Schutz eines Kollektivs zu suchen, und schließlich durch "den Staat, der sich mit privaten Machtkörpern verbindet"¹⁰⁶. "Also besteht nicht nur eine ökonomische Interdependenz, sondern auch eine Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen"¹⁰⁷.

Die Verknüpfung zwischen dem Machtproblem und der modernen Freiheitsfrage ist noch in einer zweiten Natur, mittelbar, gegeben, weil wirtschaftliche Macht die Lösung der "sozialen Frage" verhindern kann¹⁰⁸. Die moderne "soziale Frage" beinhaltet nicht nur das klassische Problem der Ungerechtigkeit in der Verteilung, sondern hauptsächlich das Problem der Unsicherheit, das aus Arbeitslosigkeit und Geldentwertung entstehen kann¹⁰⁹. Die Vermachtung der Wirtschaft führt dazu, daß Interessengruppen "... im Kampf miteinander die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen suchen"¹¹⁰. Die Störung des Wirtschaftsprozesses aber, die durch Eingriffe und Ex-

¹⁰⁰ Eucken (1939, 1989⁹), S. 53.

¹⁰¹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 53.

¹⁰² Eucken (1952, 1975⁵), S. 54.

¹⁰³ Eucken (1952, 1975⁵), S. 54-55.

¹⁰⁴ Eucken (1952, 1975⁵), S. 169.

¹⁰⁵ Eucken (1952, 1975⁵), S. 175.

¹⁰⁶ Eucken (1952, 1975⁵), S. 177.

¹⁰⁷ Eucken (1952, 1975⁵), S. 14.

¹⁰⁸ vgl. Eucken, Walter (1948; 1981), Die soziale Frage, in: Stützel, Wolfgang et al. (Hrsg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart / New York, 1981, S. 329-339.

¹⁰⁹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 186.

¹¹⁰ Eucken (1952, 1975⁵), S. 18.

perimente bewirkt wird, verschärft die "soziale Frage"¹¹¹. Die Auflösung der "Machtkörper" stärkt daher die Lenkungsmechanik und befreit den Menschen von Unsicherheit und Abhängigkeit zugleich: "Die soziale Frage ist heute in ihrem Kern die Frage nach der Freiheit des Menschen"¹¹².

Die Verknüpfungen, die zwischen dem Lenkungsproblem und der Freiheit des Menschen festgestellt sind, führen nun, mit geschärftem Bewußtsein für das "Denken und Handeln in Ordnungen"¹¹³, zurück zu der Hauptfrage: Welche Ordnung der Wirtschaft kann die Freiheit des Menschen verwirklichen? "Wirtschaftspolitische Diskussionen gelangen heute regelmäßig rasch an einen toten Punkt. Sie laufen sich in der Antithese 'zentral gelenkte Wirtschaft' wider 'freie Wirtschaft' fest"¹¹⁴. Die Politik des Laissez-faire ist gescheitert, weil die Herausbildung der Ordnungsformen sich selbst überlassen wurde. Die Politik der Experimente ist gescheitert, weil eine zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses versucht wurde. Der ordo-liberale Vorschlag, die Hauptfrage zu lösen, ist das Konzept der "Wettbewerbsordnung"¹¹⁵. Dieses Konzept rückt die Rahmenbedingungen für die Funktionstüchtigkeit des Preismechanismus in den Mittelpunkt. "Hier liegt eine große Chance der Wirtschaftspolitik - wenn sie es unternimmt, Bedingungen herzustellen, unter denen sich funktionsfähige Marktformen und Geldordnungen entfalten können"¹¹⁶.

Ein zweites Ergebnis: Das Konzept der "Wettbewerbsordnung" konkretisiert einen politischen Gestaltungsauftrag, "Demokratie" und "Marktwirtschaft", die praktischen Ausprägungen der Bürgerlichen Gesellschaft, zu verwirklichen. Das ordo-liberale Konzept stellt sich den realen Herausforderungen der "Transformation", weil das Machtproblem, das in den mittel- und osteuropäischen Monopol-Volkswirtschaften durch die "Liberalisierung" in neuer Qualität aufgeworfen wird, in den Mittelpunkt der Ordnungspolitik gerückt ist. Die Bekämpfung von wirtschaftlicher Macht ist eine Hauptaufgabe der Ordnungspolitik, um durch eine Lösung für das wirtschaftliche Lenkungsproblem die Freiheit des Menschen zu verwirklichen. "(Diese) primäre Aufgabe ... zu unterschätzen, ist ein tragischer Irrtum unserer Zeit"¹¹⁷.

1.3.3 Die politische Entscheidung für die Errichtung der Wettbewerbsordnung und das Problem der "ordnenden Potenzen"

Es wurde festgestellt, daß die Entscheidung für eine "Verfassung der Freiheit", die in Mittel- und Osteuropa die Führer der "sanften Revolution" bekundet haben, für das "Wirtschaften" der Bürger das Grundprinzip der dezentralen Steuerung durch Konkurrenz konstituiert. Wenn die "ordnungspolitische Gesamtentscheidung" für die "Wettbewerbsordnung" gefällt wird, stellen sich zwei Fragen in bezug auf die praktische Umsetzung in einer konkreten Ausgangslage. Erstens: "Was hat zu geschehen,

¹¹¹ Eucken (1952, 1975^S), S. 187.

¹¹² Eucken (1952, 1975^S), S. 193.

¹¹³ Eucken (1952, 1975^S), S. 19.

¹¹⁴ Eucken (1952, 1975^S), S. 242.

¹¹⁵ Eucken (1952, 1975^S), S. 245.

¹¹⁶ Eucken (1952, 1975^S), S. 55.

¹¹⁷ Eucken (1952, 1975^S), S. 156.

um (die Wettbewerbsordnung) zu verwirklichen?"¹¹⁸. Zweitens: "Wer soll diese Ordnung verwirklichen?"¹¹⁹, wer ist die "ordnende Potenz", die das Konzept der Wettbewerbsordnung gegen die Interessen bestehender "Machtkörper" durchsetzen kann? In der Beantwortung beider Fragen ist die politische Führung auf die Unterstützung durch den vorgefundenen "Apparat" angewiesen: "(Der bürokratische Apparat) funktioniert für die zur Gewalt gelangte Revolution normalerweise einfach weiter wie für die bisher legale Regierung. Stets ist die Frage: wer beherrscht den bestehenden bürokratischen Apparat? Und stets ist seine Beherrschung dem Nicht-Fachmann nur begrenzt möglich" (Max Weber)¹²⁰.

Wendet man sich der ersten Frage zu, "... stößt man auf ein Dilemma". Die konkrete Ausgangslage ist in den mittel- und osteuropäischen Staaten nicht gleichartig: "Wollte man hier und dort die Wettbewerbsordnung verwirklichen, so wären, je nach dem historischen Moment, ganz verschiedenartige konkrete Maßnahmen notwendig"¹²¹. Die Individualität der Ausgangslage rechtfertigt aber nicht, grundsätzliche, prinzipielle, Überlegungen zu vernachlässigen: "Die Wirtschaftspolitik hat die Neigung, entweder in einen unrealistischen Doktrinarismus zu verfallen, welcher die jeweilige historische Situation nicht berücksichtigt, oder in einen ungrundsätzlichen Punktualismus, welcher die Wirtschaftspolitik zu einem Chaos unzusammenhängender oder widerspruchsvoller Maßnahmen macht. In jedem Falle wird das Ziel verfehlt"¹²².

"Wie ist dieses Dilemma zu überwinden? - Kurz gesagt: indem man das Prinzip und seine Anwendung im historischen Moment unterscheidet"¹²³. Die ordo-liberalen Prinzipien, die "konstituierenden Prinzipien", deren Anwendung im konkreten historischen Moment zur Errichtung der Wettbewerbsordnung führt, "sind nicht aus Axiomen deduktiv abgeleitet", sondern aus Erfahrung gewonnen: "Sie tragen praktischen Charakter. Sie enthalten Forderungen allgemeiner Art, und ihre Erfüllung ist notwendig, um das Ziel zu erreichen"¹²⁴. Aber selbst dann, wenn die Wettbewerbsordnung konstituiert ist, "bleiben gewisse Fragen zu lösen". Erstens: "Es ist damit zu rechnen", daß "ungleichgewichtige Marktformen" entstehen. Zweitens: Das Marktprinzip "(hat) an gewissen Stellen Schäden und Unvollständigkeiten zur Folge". Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, "regulierende Prinzipien" anzuwenden. Es gibt also die "konstituierenden und die regulierenden Prinzipien. ... Erstens geht es um die Herstellung der Wettbewerbsordnung; zweitens darum, die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu erhalten"¹²⁵.

Die "Politik der Wettbewerbsordnung" rückt die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus auf Güter- und Faktormärkten in den Mittelpunkt: "Die Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik sollte auch als Kernfrage behandelt werden. Es ge-

118 Eucken (1952, 1975⁵), S. 251.

119 Eucken (1952, 1975⁵), S. 325.

120 Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 128-129.

121 Eucken (1952, 1975⁵), S. 251.

122 Eucken (1952, 1975⁵), S. 251.

123 Eucken (1952, 1975⁵), S. 252.

124 Eucken (1952, 1975⁵), S. 252.

125 Eucken (1952, 1975⁵), S. 253.

schieht, indem die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems ... zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip¹²⁶. Im ursprünglichen Ansatz der ordo-liberalen Schule wird die Marktform der "vollständigen Konkurrenz" zum Ziel erhoben. Dieses statische Leitbild hat in der Entwicklung des ordo-liberalen Ansatzes Differenzierungen erfahren, da die wachstumspolitische Bedeutung der Konkurrenz einen Zielkompromiß zwischen dem Grad der Wettbewerbsintensität und der Anreizfunktion der "Pioniergewinne" forderte. Dieser Unterschied zwischen dem "alten" und dem "neuen" Konzept der Wettbewerbsordnung ist aber nicht prinzipieller Natur. Der Erkenntniswert des ordo-liberalen Konzeptes für eine "Politik der Transformation" in Mittel- und Osteuropa wird dadurch nur bestätigt¹²⁷: "Noch einmal: Die Hauptsache ist es, den Preismechanismus funktionsfähig zu machen. Jede Wirtschaftspolitik scheitert, der dies nicht gelingt"¹²⁸.

Die Wertentscheidung der ordo-liberalen Schule für die Bürgerliche Gesellschaft, auf deren Verwirklichung das Konzept der Wettbewerbsordnung letztlich abzielt, hat Anlaß zur Kritik gegeben, weil dadurch "kryptonormativ ... einer 'elitären' Wirtschaftspolitik" das Wort geredet würde¹²⁹. Für die anstehende Untersuchung ist diese Frage nicht entscheidend, weil die Basisentscheidung für "Demokratie" und "Marktwirtschaft" in den mittel- und osteuropäischen Staaten politisch bekundet worden ist. Das ordo-liberale Konzept ist ein Angebot, dessen Anwendung die Verfolgung dieser Ziele der "Transformation" unterstützen kann, dessen Nutzung aber freisteht¹³⁰. Ob außerdem die Zielsetzungen der politischen Führer ehrlich und im gemeinten Sinne tatsächlich die Verwirklichung von "Demokratie" und "Marktwirtschaft" beinhalten, kann nicht beantwortet werden¹³¹. Auch diese Frage ist für das Ziel der anstehenden Untersuchung nicht erheblich. Wenn die Verwirklichung der Freiheit des Menschen, die die Bürgerliche Gesellschaft gewährt, zum Ziel gesetzt ist, dann stellt das ordo-liberale Konzept einen festen Maßstab zur Verfügung, um eine Politik, die bekundetermaßen dieses Ziel verfolgt, auf Konsistenz und Widerspruchsfreiheit zu prüfen¹³².

Der Kern der ordo-liberalen Botschaft für die "Transformation" in Mittel- und Osteuropa ist die folgende Feststellung: "Eine freie, natürliche Ordnung entsteht nicht einfach dadurch, daß die Wirtschaftspolitik ihre Verwirklichung der Ent-

¹²⁶ Eucken (1952, 1975⁵), S. 254.

¹²⁷ vgl. Kleinhenz, Gerhard D. (1992b), "Soziale Marktwirtschaft": Ordnungsmodell im zukünftigen Europa, Vortrag zum Jahressymposium des Neuburger Gesprächskreises Wissenschaft und Praxis der Universität Passau am 12. / 13. Juli 1992 in Passau, Arbeitspapier, Passau, 1992.

¹²⁸ Eucken (1952, 1975⁵), S. 255.

¹²⁹ Kirchgässner, Gebhard (1988), Wirtschaftspolitik und Politiksystem: Zur Kritik der traditionellen Ordnungstheorie aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: Cassel, Dieter et al. (Hrsg.), Ordnungspolitik, München, 1988, S. 53-75, hier: S. 62 und 65.

¹³⁰ Cassel, Dieter (1988), Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik, in: Cassel, Dieter et al. (Hrsg.), Ordnungspolitik, München, 1988, S. 313-333, hier: S. 328.

¹³¹ vgl. Tuchtfeld, Egon (1985), Über das Gemeinwohl - Anmerkungen zum Problem einer obersten Zielsetzung der Politik, in: Gäfgen, Gérard (Festschrift), Rationale Wirtschaftspolitik in komplexen Gesellschaften, hrsg. von: Milde, Hellmuth / Monissen, Hans G., Stuttgart u.a., 1985, S. 81-89.

¹³² vgl. Keilhofer, Franz (1990), Theoretical Issues Raised by the Transformation of Former East Germany, in: Charles University Prague, Institute of Economic Sciences, Studijní materiál, 1990, Nr. 4, S. 46-50.

wicklung überläßt - sondern nur dann, wenn sie selbst darauf gerichtet ist". An dieser Stelle werden die Bruchstellen des ordo-liberalen Konzeptes zum Politik-Konzept der "klassischen" Nationalökonomie sichtbar¹³³. Das "klassische" Konzept aber haben die politischen Führungen in Mittel- und Osteuropa angeführt, um eine "Liberalisierung" zu begründen, die schlicht den Rückzug des Staates beinhaltet hat¹³⁴. Dagegen steht das ordo-liberale Konzept, dem die Leistung zuerkannt wird, die durch einen "(wurzellosten) Liberalismus ... verfälschten Ideen Adam Smiths in ihrer ursprünglichen Intention" wiederentdeckt und für die Errichtung einer funktionstüchtigen Wettbewerbsordnung die notwendigen Bedingungen konkretisiert zu haben (Horst Claus Recktenwald)¹³⁵.

Das Hauptproblem der "Transformation" in Mittel- und Osteuropa besteht darin, daß durch die "Liberalisierung", die zum Teil durch den Zerfall des Staates bewirkt, zum Teil von der politischen Führung aus Überzeugung eingeleitet wurde, die private Macht bestehender "Machtkörper" vergrößert wurde, die im "Sozialismus" im Geflecht der Verbindungen zwischen dem "buerokratischen Apparat" (Max Weber)¹³⁶, Monopolunternehmen und Staatsbanken gewachsen sind. Daraus entstehen zwei konkrete Probleme, die beiden Seiten einer Medaille. Erstens: Monopole haben Macht und sind daher versucht, die Willensbildung des Staates zur Durchsetzung von Partikularinteressen, die gegen den Wettbewerb gerichtet sind, zu beeinflussen¹³⁷. Zweitens: Die "spontanen" Ordnungsformen, die aus der neuen "Freiheit" heraus entstehen, können "gleichgewichtslose Marktformen" sein. Spontane Ordnungen aber "sind (nur) insoweit gerechtfertigt, als sie wettbewerbskonform sind"¹³⁸.

An dieser Stelle wird die zweite große Frage in bezug auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung aufgeworfen: "Wer soll diese Ordnung verwirklichen? ... Man denkt bei der Beantwortung zunächst unwillkürlich an den Staat"¹³⁹. Daraus ergibt sich, daß sich das Ordnungsproblem auch "von der Seite der politisch-staatsrechtlichen Gestaltung" her stellt: "'Staatsverfassung', 'Wirtschaftsverfassung' und Gesellschaftsordnung bestehen jeweils in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander"¹⁴⁰. "Insofern legen denn auch die politischen Verfassungen mit ihren geistig-moralischen Marschzielen den Spielraum, innerhalb dessen sich die techni-

133 vgl. Streit, Manfred E. (1992), Die Interdependenz der Ordnungen: Eine Botschaft und ihre aktuelle Bedeutung, in: Ordnung in Freiheit, Symposium aus Anlaß des 100. Jahrestages des Geburtstages von Walter Eucken am 17. Januar 1991, Tübingen, 1992, S. 5-29, hier: S. 9-11.

134 vgl. Pszczołkowski, Tomasz G. (1990), in: Zur Aktualität des Ordoliberalismus: Ein Beitrag aus osteuropäischer Sicht, in: Ordo, begründet von Walter Eucken und Franz Böhm, hrsg. von: Lenel, Hans Otto et al., Band 41 (1990), Stuttgart/New York, 1989, S. 61-73.

135 Recktenwald, Horst Claus (1985), Der schottische Nationalökonom und Moralphilosoph und die Deutschen, in: Recktenwald, Horst Claus (Hrsg.), Ethik, Wirtschaft und Staat: Adam Smiths Politische Ökonomie heute, Darmstadt, 1985, S. 391-399, hier: S. 395-396.

136 Weber ...

137 Eucken (1952, 1975⁵), S. 53.

138 Eucken (1952, 1975⁵), S. 179.

139 Eucken (1952, 1975⁵), S. 325.

140 Eucken (1952, 1975⁵), S. 182 und 183.

schen Wirtschaftsordnungen zu bewegen haben, schon im vorhinein weitgehend fest" (Franz Böhm)¹⁴¹.

Die Politik der Wettbewerbsordnung erfordert "einen festgefügteten Staat"¹⁴², einen "starken Staat, der über den Gruppen ... steht und der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen, wenn er in sie hineingeraten ist, wieder herauslöst" (Alexander Rüstow)¹⁴³. "Der Staat (aber) hat sich nur zu oft als schwach, als Spielball in den Händen von Interessentengruppen erwiesen"¹⁴⁴. Analog zur Beziehung zwischen "Wirtschaftsverfassung" und "Wirtschaftsordnung" ist festzustellen, daß "... die 'Staatsordnung' von der 'Staatsverfassung' (meist) erheblich abweicht. Gesamtentscheidungen, die in den Verfassungen zur Geltung kommen, dringen nicht durch, sondern die verfassungsmäßig gesetzten Gewalten ... werden zugunsten von Mächten entthront, die außerhalb der Verfassung stehen und ihr Einzelinteresse durchzusetzen suchen. Eine neu feudale Situation ist im Entstehen begriffen"¹⁴⁵.

Das Stichwort "neufeudale" Strukturen konkretisiert nicht nur ein Problem, das den Aufbau der "neuen" Demokratien im "Osten" behindert, sondern auch eine Herausforderung, die, unter dem Begriff "Lobbyismus" bekannt, im "Westen" gleichgeartet auftritt und die politische Glaubwürdigkeit der Bürgerlichen Gesellschaft aushöhlt¹⁴⁶. Also stellt sich die Frage nach der "ordnenden Potenz" in anderer Form: "Wie kann der moderne Staat (wieder) zu einer Potenz werden, die eine brauchbare Wirtschaftsordnung verwirklicht?"¹⁴⁷. In beiden Ländergruppen, im "Westen" und im "Osten", sind zwei "staatspolitische Grundsätze" zu befolgen, um die Handlungsfähigkeit des Staates wiederzugewinnen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen. ... Zweiter Grundsatz: Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses"¹⁴⁸.

Die Wiederherstellung der Autorität des Staates kann durch "ordnende Potenzen" unterstützt werden, die in den "sittlichen Reserven" der Menschen verborgen sind, und die "... Gesellschaft und Staat überhaupt erst möglich machen"¹⁴⁹. Die "guten" Tugenden und Sitten der Menschen "... sind wichtiger als alle wirtschaftlichen Ge-

¹⁴¹ Böhm, Franz (1937), *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung*, Stuttgart und Berlin, 1937, S. 60.

¹⁴² Eucken (1952, 1975⁵), S. 331.

¹⁴³ Rüstow, Alexander (1932; 1979), "Starker Staat" und "neuer Liberalismus", in: Flemming, Jens et al. (Hrsg.), *Die Republik von Weimar, Band 2, Das sozialökonomische System, Königstein/Ts., 1979, S. 358-360, hier: S. 358.*

¹⁴⁴ Eucken (1952, 1975⁵), S. 326.

¹⁴⁵ Eucken (1952, 1975⁵), S. 327-328.

¹⁴⁶ vgl. Kirsch, Guy (1981), *Ordnungspolitik als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung*, in: Issing, Ottmar (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 201, Berlin, 1981, S. 255-275.*

¹⁴⁷ Eucken (1952, 1975⁵), S. 327.

¹⁴⁸ Eucken (1952, 1975⁵), S. 334-337.

¹⁴⁹ Röpke, Wilhelm (1942⁴), *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Erlenbach-Zürich, 1942, S. 14 und 309-313.

setze" (Wilhelm Röpke)¹⁵⁰. Die Bedeutung der "gewachsenen" Werthaltungen für die Funktionstüchtigkeit der "gewollten" Ordnung wird unter dem Gesichtspunkt der "Wirtschaftsethik" in den modernen Marktwirtschaften besprochen¹⁵¹. Die Sicherung der ethischen Grundlagen, die das "Gemeinwesen" tragen, sind aber der Gefahr der "rationalen" Zerstörung ausgesetzt, wenn Werthaltungen, die bislang den sozialen Zusammenhalt der Menschen in "Gemeinschaften" gesichert haben, unter dem Gebot der einzelwirtschaftlichen Rationalität dem "unaufhaltsamen Eindringen der Rechenhaftigkeit" (Max Weber)¹⁵² zum Opfer fallen¹⁵³.

Ein drittes Ergebnis: In der Ausgangslage der "Transformation" ist festzustellen, daß ein "festgefügter Staat", dem das Ordnungsproblem überantwortet würde, nicht zur Verfügung steht. "Der moderne Staat ist zwar keine zureichende ordnende Potenz, aber er könnte es werden. Eine Voraussetzung hierfür ist eine bestimmte, nämlich die bezeichnete Wirtschaftspolitik. So falsch es ist, im vorhandenen Staat einen allweisen und allmächtigen Betreuer ... zu erblicken, so unrichtig ist es auch, den faktisch vorhandenen, von Machtgruppen zersetzten Staat als Datum hinzunehmen und dann - folgerichtig - an der Möglichkeit der Bewältigung des wirtschaftspolitischen Ordnungsproblems zu verzweifeln. Die Interdependenz von Staatsordnung und Wirtschaftsordnung zwingt dazu, den Ordnungsaufbau von beiden in einem Zuge in Angriff zu nehmen. Dies ist das Entscheidende. - Beide Ordnungen sind nur Teile einer Gesamtordnung, die aufzubauen ist. Ohne eine Wettbewerbsordnung kann kein aktionsfähiger Staat entstehen und ohne einen aktionsfähigen Staat keine Wettbewerbsordnung"¹⁵⁴.

1.4 Die ordnungspolitische Basisentscheidung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik und eine ordo-liberale Begründung für den Aufbau der Untersuchung

Die "sanfte Revolution", der Sturz der marxistisch-leninistischen Herrschaft, vollzog sich in der ČSSR, der "Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik", binnen zehn Tagen, zwischen der gewaltsamen Niederschlagung einer Kundgebung tschechischer Hochschulgruppen in Prag am 17. November 1989 und dem landesweiten Generalstreik, der am 27. November 1989 ausgerufen und unter großer Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt wurde (s. 5.3.2.2). Am 12. November 1989 haben sich unterschiedliche politische Widerstandsgruppen, unter anderem die "Charta '77", zu einem "Občanské fórum" (Bürgerforum) zusammengeschlossen. In der Slowakischen Republik wurde die Bewegung "Verejnost' proti násiliu" (Öffentlichkeit gegen Gewalt) konstituiert. Nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen der Opposition, Bürgerforum / Öffentlichkeit gegen Gewalt, und der marxistisch-leninistischen Staats- und Parteiführung wurde am 10. Dezember 1989

¹⁵⁰ Röpke, Wilhelm (1958), *Fronten der Freiheit: Eine Auslese aus dem Gesamtwerk*, hrsg. von Wesemann, Hans Otto, Stuttgart, 1958, S. 117-164, hier: S. 147-148.

¹⁵¹ Molitor, Bruno (1989), *Wirtschaftsethik*, München, 1989, S. 71 und 77-82.

¹⁵² Weber (1921, 1972⁵/1990), S. 643 und 815.

¹⁵³ vgl. North, Douglass C. (1992), *Institutions, Ideology, and Economic Performance*, in: *Cato Journal*, vol. 11, Nr. 3, S. 477-488, hier: 484.

¹⁵⁴ Eucken (1952, 1975⁵), S. 338.

auf der Ebene der Föderation eine mehrheitlich nicht-kommunistische Regierung gebildet¹⁵⁵.

Die neue Führung erklärte die Aufrichtung von "Demokratie" und "Marktwirtschaft" zum Ziel¹⁵⁶. Die neue Wirtschaftspolitik konnte programmatisch an die Schlußfolgerungen einer "Zusammenfassenden Prognose für die ČSSR bis zum Jahr 2000" anknüpfen, die in 1988 an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erstellt wurde¹⁵⁷. Nach der "sanften Revolution" waren die Mitglieder der neuen Führung zum Teil aus der Akademie rekrutiert worden. In dieser Prognose war die Abkehr vom Prinzip der zentralen Planung und Leitung und die Öffnung der Volkswirtschaft als einziger Ausweg konkretisiert worden, um den wirtschaftlichen Stillstand zu überwinden und durch die Wiedergewinnung eines intensiven Wachstumspfadef langfristig zum Wohlstandsniveau der "westlichen" Volkswirtschaften aufzuschließen. Die "sozialistische" Führung hatte aber diese Ergebnisse nicht angenommen, sondern die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in einer "umfassenden Umgestaltung des ökonomischen Mechanismus" unter dem Prinzip der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft gesehen. Die Inkraftsetzung des "neuen Mechanismus", der eine begrenzte Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse beinhaltete, war in zwei Schritten, zum 1. Januar 1989 und zum 1. Januar 1990, vorgeesehen¹⁵⁸.

Nach der "sanften Revolution" war das Ziel der neuen Politik, Steigerung des Wohlstandes durch "Demokratie" und "Marktwirtschaft", bekundet, aber seine Konkretisierung in der wirtschaftspolitischen Willensbildung der revolutionären Führung, in der unterschiedliche politische Gruppen vertreten waren, war am Beginn der "sanften Revolution" der Konfrontation zweier gegensätzlicher Ordnungsvorstellungen ausgesetzt. Auf der einen Seite stand der Vorschlag, das Konzept der "regulierten Marktwirtschaft", dessen Umsetzung im "Prager Frühling" von 1968 gewaltsam abgebrochen wurde, wieder aufzugreifen¹⁵⁹. Auf der anderen Seite stand die Überzeugung, eine "reine" Marktwirtschaft, eine "Marktwirtschaft ohne Adjektive", als Ziel der "Transformation" auszugeben¹⁶⁰: "Trh je nedělitelný" (Václav Klaus)¹⁶¹.

155 vgl. Otáhal, Milan (1992), Der rauhe Weg zur "samtenen Revolution": Vorgeschichte, Verlauf und Akteure der antitotalitären Wende in der Tschechoslowakei, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1992, Nr. 25, Köln, 1992, S. 27 und 34-37.

156 vgl. Myant, Martin (1993), Transforming Socialist Economies: The Case of Poland and Czechoslovakia, Aldershot/Hants, 1993, S. 168.

157 vgl. Prognostický ústav Československé akademie věd (1988), Souhrnná prognóza ČSSR do roku 2000 (Zusammenfassende Prognose für die ČSSR bis zum Jahr 2000), Praha/Prag, 1988.

158 vgl. Valenta, František (1989), Framework of Economic Reform in Czechoslovakia, in: United Nations / Economic Commission for Europe (ed.), Economic Reforms in the European Centrally Planned Economies, Economic Studies of the Economic Commission for Europe, Nr. 1, United Nations, New York, 1989, 20-27.

159 vgl. Osers, Jan (1990), Die programmatischen Vorstellungen des Prager Demokratisierungsprozesses von 1989, in: Osteuropa-Wirtschaft, 35. Jg. (1990), Nr. 2, S. 105-116.

160 Klaus, Václav (1993b), Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Vortrag anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises am 27. Mai 1993 in Bonn, Manuskript, dem Verfasser übergeben von: Reuter, Franz-Josef, Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter der Außenstelle Prag, im Gespräch am 19. 5. 1993 in Praha/Prag.

161 "Der Markt ist unteilbar" (Ü.d.V.); Klaus, Václav (1989), Revoluce v Československu: Ale co s ekonomikou (Revolution in der Tschechoslowakei: Aber was ist mit der Wirtschaft?), in: ders. (1990), Cesta k tržní ekonomice (Der Weg zur Marktwirtschaft), Praha/Prag, 1991, S. 47.

Den Ausschlag für die zweite, "radikale" Konzeption gaben die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen in der, zwischenzeitlich so umbenannten, ČSFR, die am 8./9. Juni 1990 abgehalten wurden¹⁶². Auf dieser Grundlage hat der Gesetzgeber ein "Scénář ekonomické reformy" (Szenario der ökonomischen Reform) verabschiedet, mit dem eine "ordnungspolitische Gesamtentscheidung" für die Errichtung einer Wettbewerbsordnung ausgesprochen wurde: "(Cíl ekonomické reformy) ... je přechod od centrálně plánované k tržní ekonomice"¹⁶³. In dem Grundsatzdokument ist betont, daß im Unterschied zu "vergangenen Reformversuchen" nicht die "Vervollkommnung des ökonomischen Systems", sondern ein prinzipieller Wechsel angestrebt ist. Und es stellt fest: Je "schneller und radikaler" die einzelnen "Reformschritte" ausgeführt werden, umso niedriger " ... (sind) die gesellschaftlichen Gesamtkosten", die durch diesen "Transformationsprozeß" verursacht würden, und umso schneller könnte die Volkswirtschaft wieder auf einen intensiven Wachstumspfad geführt werden¹⁶⁴.

In dem Grundsatzdokument wurden die ordnungspolitischen Kernbereiche, die "Liberalisierung" des Gütermarktes, die Umgestaltung der "Eigentumsverhältnisse", die "interne Konvertibilität" der Währung und der "soziale Zusammenhang der ökonomischen Reform" aufgegliedert. Diesen Aufgaben wurde, an erster Stelle im "Szenario", der "makroökonomische Rahmen der Reform" übergeordnet. Die "Liberalisierung der Preise", eine Schlüsselfrage für den Start der Transformation, wurde zum 1. Januar 1991 angekündigt. Vor diesem Hintergrund wurde für die "Stabilisierungspolitik" das oberste Ziel der Inflationsbekämpfung konkretisiert. Zum Abschluß der Zusammenstellung wurde für die "Strukturpolitik" die Kernaussage getroffen, daß die Wirtschaftspolitik auf die Entfaltung der "komparativen Vorteile" hinwirken würde, um das Wachstumspotential der Volkswirtschaft freizusetzen.

In der Ausführung der "schnellen und radikalen" Strategie waren in den Teil-Republiken der ČSFR, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, die "gesellschaftlichen Kosten" der Umgestaltungen, nach Ansicht der slowakischen Führung, in unterschiedlicher Höhe angefallen. Dieses Ergebnis hat den bi-nationalen Verfassungskonflikt, der die gemeinsame Staatlichkeit der beiden Nationalitäten seit der Gründung der Tschechoslowakei geprägt hatte, zusätzlich belastet (s. 6.4.2.2). Der Streit um die "richtige" Strategie hat schließlich, nach dem gespaltenen Ergebnis der allgemeinen Wahlen in 1992 ("rechte" Mehrheit in der Tschechischen Republik, "linke" Mehrheit in der Slowakischen Republik), zur Auflösung der Föderation zum 1. Januar 1993 geführt. Die gesetzte Gesamtentscheidung für "Demokratie" und "Marktwirtschaft" wurde aber in den neugefaßten Verfassungsordnungen der beiden Nachfolge-Staaten bekräftigt. In der Verfassung der Tschechischen Republik ergibt sich die Basisentscheidung für die "Marktwirtschaft" durch die Verankerung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte, deren Wertebezug, nach dem Muster des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, implizit den Ausschluß von extremen Ordnungstypen bewirkt. In der Verfassung der Slowaki-

¹⁶² vgl. Vodička, Karel (1991), Die neue Parteienlandschaft in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa, 41. Jg. (1991), Nr. 2, S. 150-159.

¹⁶³ "Ziel der ökonomischen Reform ... ist der Übergang von der zentral geleiteten zur Marktwirtschaft" (Ü.d.V.); Vláda České a Slovenské federativní republiky (1990), Scénář ekonomické reformy (Szenario der ökonomischen Reform), veröffentlicht in: Hospodářské noviny, 4. 9. 1990, Beilage.

schen Republik wird dagegen zusätzlich zur Verankerung der Menschen- und Bürgerrechte das Ziel einer "ökologischen und sozialen Marktwirtschaft" ausdrücklich konkretisiert¹⁶⁵.

Im "Szenario der ökonomischen Reform" ist inhaltlich zum Ausdruck gekommen, daß in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik das Konzept der Wettbewerbsordnung zum "Prinzip" erhoben ist, dessen Anwendung im konkreten historischen "Moment", in der Ausgangslage nach dem Sturz der Zentralplanwirtschaft, die Art der notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bestimmt. Auf dieser festen Grundlage werden im folgenden unter den Leitbegriff: Transformation, alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen eingeordnet, die auf das Ziel: Errichtung einer Wettbewerbsordnung gerichtet sind. Die einzelnen Teilbereiche (Kapitel), in denen die Kernfragen der Transformation tiefer gegliedert werden, werden aus den ordo-liberalen Kategorien "Ordnung" und "Ablauf" abgeleitet. Anhand der konkretisierten Kernfragen in den Teilbereichen wird dann die praktische Kritik der konkreten Konzeption, die in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik Anwendung gefunden hat, vorgenommen.

Der nachfolgende Entwurf für die Gliederung der Arbeit deckt sich in seinen Elementen mit der Struktur, die im "Szenario der ökonomischen Reform" vorgegeben ist. Die inhaltliche Identität im Aufbau kann zeigen, daß eine gedankliche "Durchdringung der Wirklichkeit", wenn diese logisch ist, unabhängig vom Ausgangspunkt zu gleichartigen Ergebnissen gelangen kann. Die Kategorien "Ordnung" und "Ablauf" folgen dem Grundgedanken, der zur Abgrenzung der "konstituierenden" und "regulierenden" Prinzipien führt: Die vier großen Kapitel zur Ordnungspolitik untersuchen die Kernfragen, die im Zusammenhang mit der Herstellung der Wettbewerbsordnung auftreten. Die zwei großen Kapitel zur Ablaufpolitik untersuchen die Kernfragen, die, in sinngemäßer Übertragung der ordo-liberalen Gedankenführung auf den Fall der Transformation, im Zusammenhang mit der unzureichenden Funktionstüchtigkeit der Marktordnungen im Übergang, im "Schwebzustand" zwischen den Ordnungen, auftreten und eine "regulierende" Rolle der Wirtschaftspolitik begründen können.

Die Aufgliederung der ordnungspolitischen Kapitel erfolgt sinnvoll anhand der zwei "großen Problemkomplexe", die im ordo-liberalen Konzept in Anschauung der konkreten Wirklichkeit einer "Verkehrswirtschaft" gesehen werden¹⁶⁶: Erstens, die Frage nach den "Marktformen", die das konkrete Gefüge der Gütermarktordnung bestimmen, und zweitens, die Frage nach der konkreten "Form der Geldwirtschaft", die im monetären Sektor der Volkswirtschaft zur Durchsetzung gelangt ist. Damit sind zwei ordnungspolitische Kapitel vorgezeichnet: Die "Transformation der Gütermarktordnung" (Kapitel 2) und die "Transformation der monetären und

¹⁶⁴ ebenda.

¹⁶⁵ vgl. Sbirka zákonů ČSFR (1992), Částka 92, 1. 10. 1992, č. 460/1992, S. 2659-2678, Ústava Slovenskej republiky (Verfassung der Slowakischen Republik), Gesetz vom 1. September 1992, Praha/Prag, 1992; Sbirka zákonů ČR (1993), Částka 1, 28. 12. 1992, č. 1/1993, S. 1-16, Ústava České republiky (Verfassung der Tschechischen Republik), Verfassungsgesetz vom 16. Dezember 1992, Praha/Prag, 1993.

¹⁶⁶ vgl. Eucken (1939, 1989⁹), S. 90-91; ders. (1952, 1975⁵), S. 48.

Kapitalmarktordnung" (Kapitel 4). Dazwischen ist das Kapitel "Transformation der Eigentumsordnung" (Kapitel 3) eingefügt, das sachlogisch dem Gesichtspunkt der Güter-"Marktform" zuzuordnen ist. Aber aufgrund der Bedeutung, die dem "Privateigentum" für das "Prinzip" der Transformation, für den Wechsel von der zentralen zur dezentralen Koordination, und für eine "gerechte" Verteilung der Startchancen zukommt, wird dieser Komplex in einem eigenständigen Kapitel bearbeitet.

Im Rahmen der "Transformation der Gütermarktordnung" werden Fragestellungen untersucht, die bei der "Liberalisierung" der Güterpreisbildung und im Zusammenhang mit der "Liberalisierung" der Marktzutrittsbedingungen auftreten. Damit sind die konstituierenden Prinzipien "Vertragsfreiheit" und "offene Märkte" angesprochen¹⁶⁷. Die "Liberalisierung" der Güterpreisbildung erfüllt eine erste Voraussetzung, um das "Grundprinzip" der Wettbewerbsordnung, die Funktionsfähigkeit der Preisbildung, herzustellen. Die Transformation im monetären Sektor folgt der Frage, "... wie eine Geldordnung größerer Stabilität in die Wettbewerbsordnung eingebaut werden kann"¹⁶⁸. Der "Primat der Währungsstabilität" erfüllt eine zweite Voraussetzung, um die Signalfunktion des Preismechanismus, im Inland und im Austausch mit dem Ausland, wiederherzustellen¹⁶⁹. Die Herstellung einer funktionstüchtigen Geldmarktordnung ist schließlich Voraussetzung, um, im Zusammenwirken mit den Prinzipien "Privateigentum" und "Wettbewerbspolitik", das Prinzip "Haftung", die Glaubwürdigkeit der Marktaustrittsandrohung, durchzusetzen. "Volle Klarheit muß vor allem über eines bestehen: Jede Beschränkung der Haftung löst eine Tendenz zur Zentralverwaltungswirtschaft aus"¹⁷⁰.

Durch die "zwei Problemkomplexe" ist die Grundstruktur für die ordnungspolitische Abteilung in der nachfolgenden Untersuchung aufgeworfen: Güter- und Faktormarktordnungen. Ausgehend von der Vorstellung, daß abstrakt zwei Faktoren das Potential der Volkswirtschaft bilden, Kapital und Arbeit, werden im Anschluß an die drei genannten Kapitel die Kernfragen konkretisiert, die den vierten ordnungspolitischen Komplex, die "Transformation der sozialen und Arbeitsmarktordnung", abgrenzen (Kapitel 5). Der Kern der "sozialen Frage" wird im ordo-liberalen Konzept als Problem der Startchancengerechtigkeit betrachtet, das durch die Wettbewerbsordnung gelöst werden kann: "Es ist ... immer wieder deutlich zu machen, daß die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat"¹⁷¹. Unter der Bedingung aber, daß die "beste Ordnungspolitik" versucht wurde, können "Hilfsmaßnahmen" zur "Versorgung ... sozial relativ stark abhängiger Personen" oder zur Herstellung von "sozialer Sicherheit" gegen Existenzrisiken, z.B. Arbeitslosigkeit, gerechtfertigt werden¹⁷². Die "soziale" Korrektur der Verteilung, die sich unter dem

¹⁶⁷ Eucken (1952, 1975⁵), S. 264 und 275.

¹⁶⁸ Eucken (1952, 1975⁵), S. 259.

¹⁶⁹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 255.

¹⁷⁰ Eucken (1952, 1975⁵), S. 285.

¹⁷¹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 313.

¹⁷² Eucken (1952, 1975⁵), S. 314-318.

Prinzip der Wettbewerbsordnung ergibt, wird im ordo-liberalen Konzept durch das regulierende Prinzip der "Einkommenspolitik" begründet¹⁷³.

Der Arbeitsmarkt wird im ordo-liberalen Konzept sachlogisch dem Gütermarkt gleichgesetzt: "(Damit) es eine Lösung der sozialen Frage geben kann, ... muß im Rahmen der Märkte, auch der Arbeitsmärkte, Freiheit bestehen. Das ist das Ziel"¹⁷⁴. Da aber auf dem Arbeitsmarkt "anomalies Verhalten des Angebots" festzustellen ist, können, wenn die Möglichkeiten der Wettbewerbsordnung, Freizügigkeit und Mobilität zu sichern, ausgeschöpft sind, besondere Maßnahmen der "Regulierung" ergriffen werden¹⁷⁵. Die "sozialen" Besonderheiten der Arbeit haben in modernen Marktwirtschaften zu einer besonderen "Arbeitsmarktverfassung", zur "Institutionalisierung des Arbeitsmarktes", geführt¹⁷⁶: Die Herausbildung des institutionalisierten Arbeitsmarktes im historischen Prozeß begründet die "soziale und Arbeitsmarktordnung" als eigenständige Teilordnung in der Marktwirtschaft. "(Die Arbeiter) haben Anspruch auf eine Ordnung, die sie bejahen können, weil sie ihnen und ihren Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht"¹⁷⁷.

Die Überlegung, die im ordo-liberalen Gedankengang dem Konzept der "regulierenden Prinzipien" zugrundeliegt, führt in sinngemäßer Anwendung auf den "historischen Moment" zur Konkretisierung der ablaufpolitischen Kernfragen der Transformation. Die Aufgaben der "Stabilisierungspolitik" (Kapitel 6) können in zweifacher Natur auftreten, erstens durch die Notwendigkeit, "gestaute" oder "versteckte" Ungleichgewichte am Beginn der Transformation freizusetzen, oder durch die Notwendigkeit, die Preisbildung auf den Güter- und Faktormärkten zu "regulieren", wenn im Fortgang der Transformation "Machtkörper" auftreten, die aus "ungleichgewichtigen Marktformen" heraus die Stabilität der Volkswirtschaft bedrohen. Grundsätzlich gilt aber für die Stabilisierungspolitik der Primat der Ordnungspolitik: Die Funktionstüchtigkeit des Preismechanismus auf den Güter- und Faktormärkten ist die Voraussetzung, um das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft bestmöglich zu entfalten. Ordnungspolitik ist die beste Wachstumspolitik. Daher sind die stabilisierungspolitischen Eingriffe des Staates an das Prinzip "Konstanz der Wirtschaftspolitik" zu binden, um die Unsicherheiten, die aus einer "experimentierenden Wirtschaftspolitik" entstehen, zu minimieren¹⁷⁸.

Da in der Ausgangslage, die in den hochmonopolisierten Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa angetroffen wird, "Schwächen und Mängel" der dezentralen Koordination auftreten, die dem Ziel der Transformation: Errichtung der Wettbewerbsordnung entgegenwirken, können besondere Aufgaben für eine "Wettbewerbs- und Strukturpolitik" (Kapitel 7) begründet werden. Das "Monopolproblem in der Wettbewerbsordnung"¹⁷⁹ kann durch die Wirtschaftspolitik der Transformation von mehreren Seiten aus bekämpft werden: Durch die

¹⁷³ Eucken (1952, 1975⁵), S. 300-301.

¹⁷⁴ Eucken (1952, 1975⁵), S. 189-190.

¹⁷⁵ Eucken (1952, 1975⁵), S. 303-304.

¹⁷⁶ Eucken (1952, 1975⁵), S. 321-322.

¹⁷⁷ Eucken (1952, 1975⁵), S. 313.

¹⁷⁸ Eucken (1952, 1975⁵), S. 287-288.

¹⁷⁹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 291.

"Liberalisierung" der Marktzugangsbedingungen und durch die aktive Entflechtung von staatlichen Monopolunternehmen im Rahmen der Privatisierung. Aber die bestehenden Marktmachtstrukturen können zusätzlich Aufgaben begründen, die auf den materialen Ausgleich der Startchancen neu in den Markt eintretender Anbieter abzielen. Diese besonderen Maßnahmen treten im "historischen Moment" der Transformation dem "normalen" Aufgabenkreis der Wettbewerbs- und Strukturpolitik hinzu. Die "normalen" Aufgaben beschränken sich in einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft auf den Ausgleich natürlicher Funktionsmängel des Marktes, die durch bestimmte Eigenschaften der betreffenden Güter begründet sind, um das regulierende Prinzip "Wirtschaftsrechnung" durchzusetzen¹⁸⁰.

Für die Errichtung der Wettbewerbsordnung in Mittel- und Osteuropa ist entscheidend, daß die "Zusammengehörigkeit" der konstituierenden und regulierenden Prinzipien beachtet wird: "Ihre gemeinsame Anwendung in der konkreten historischen Situation konstituiert eine gewisse, gewollte Wirtschaftsordnung, indem sie die Bedingungen herstellen, welche diese Ordnung zur Entfaltung bringen. Alle Prinzipien ... sind Mittel, um die Gesamtentscheidung in concreto durchzusetzen"¹⁸¹. Diese Klarstellung bildet die feste Grundlage für das Konzept der anstehenden Untersuchung: "Jeder Akt (der Wirtschaftspolitik) ... sollte rechtzeitig in seiner unmittelbaren Wirkung auf Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozeß, in seinen Tendenzen zur Veränderung der Wirtschaftsordnung, die er auslösen kann, und drittens in seiner Weiterwirkung auf andere Ordnungen gesehen werden. Diese Maxime ist ein fundamentales Prinzip der Wirtschaftspolitik"¹⁸².

Dabei ist folgender Gedanke zu beachten: "Alle Zwischenlösungen (zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Wettbewerbsordnung) sind instabil. Denn sie sind, wie sich gezeigt hat, Ordnungen mit 'Tendenz zur Transformation'"¹⁸³. In sinnvoller Anwendung auf die Ausgangslage in Mittel- und Osteuropa bedeutet diese Überlegung, daß die Mißachtung der "Interdependenz der Teilordnungen", die Verletzung der "Zusammengehörigkeit" der ordo-liberalen Prinzipien, zu der Gefahr führt, daß das Ziel der Transformation nicht erreicht wird. Ziel der anstehenden Untersuchung ist es daher, die Gesamtstrategie der Transformation, die in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik beschritten worden ist, auf Konsistenz und Widerspruchsfreiheit zu prüfen. Vielleicht ergeben sich dabei verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse, "phänotypische Inhalte von Transformationsprozessen" (Norbert Kloten)¹⁸⁴, die zur Beantwortung gleichartiger Fragen in anderen Volkswirtschaften herangezogen werden können, in denen der Weg beschritten wurde, der aus der "Knechtschaft" führt (Friedrich A. von Hayek)¹⁸⁵.

¹⁸⁰ Eucken (1952, 1975⁵), S. 301.

¹⁸¹ Eucken (1952, 1975⁵), S. 289 und 304.

¹⁸² Eucken (1952, 1975⁵), S. 221.

¹⁸³ Eucken (1952, 1975⁵), S. 198.

¹⁸⁴ Kloten, Norbert (1991), Die Transformation von Wirtschaftsordnungen: Theoretische, phänotypische und politische Aspekte, in: Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 132, Tübingen 1991, S. 21.

¹⁸⁵ Hayek, Friedrich A. von (1944/1976), The Road to Serfdom, London, 1976, S. 24-31, dt. Ü. (1971, 1976³), Der Weg zur Knechtschaft, München, 1976, S. 54-66.

2 Die Transformation der Gütermarktordnung

Man muß sich nämlich
darüber im klaren sein,
daß es kein schwierigeres
Wagnis, keinen zweifelhafteren
Erfolg, und keinen gefährlicheren
Versuch gibt, als sich zum Leiter
eines Staats aufzuwerfen und eine
neue Ordnung einzuführen.

Niccoló Machiavelli

